

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adameiz

19. Dezember 1951

Blatt 2347

Ententreffen im Stadtpark

19. Dezember (Rath.Korr.) Die Herren Döblinger Buben aus der Umgebung der Hochschule für Bodenkultur dürften heute früh die erste Stunde des Unterrichtes versäumt haben. Die Ursache war diesmal eine aufregende Zwangsdelogierung der kinderreichen Entenfamilie, die das Stadtgartenamt heuer im Sommer vorübergehend in den Türkenschanzpark eingewiesen hatte. Bei der wegen der nahenden Frostgefahr erfolgten Umsiedlung kam es zum ersten Mal zu einem ernsteren Familienzweist unter dem buntgefiederten "Türkenvolk". Die weiblichen Angehörigen nahmen den Räumungsauftrag diszipliniert zur Kenntnis. Schwierigkeiten bereiteten erst die Enteriche, die sich ihm widersetzen und sämtliche Flügel in Bewegung brachten, um den Delogierungsakt zu verhindern. Den Parkwächtern gelang es nach längerer Treibjagd mit Hilfe der Schulkjugend ihre Schützlinge in die Käfige zu bringen. Kurz darauf fand dann im Stadtpark ein freudiges Wiedersehen des gesamten Teichgeflügels von Wien statt. Der aufsehenerregende Abschied vom Türkenschanzpark war bald vergessen, umsomehr als man bald erkannte, daß der Stadtparkteich der wärmste von Wien ist.

Im Februar werden die türkischen Enten ihre Winterquartiere in den "Rothschildgärten" auf der Hohen Warte beziehen. Einige Enteriche werden in Schönbrunn gegen Schwimmenten eingetauscht. Man hofft, daß im nächsten Frühjahr das Teichgeflügel in den Wiener Parks noch um weitere Exemplare vermehrt werden kann. Zum ersten Mal sollen auch Störche und Flamingos die Parkanlagen beleben. Bis dahin dürfte auch das Schwanenpaar im Stadtpark Nachwuchs haben.

Das Wiener Wohlfahrtswesen
=====

Der dritte Tag der Budgetverhandlungen im Rathaus

19. Dezember (Rath.Korr.) Der Wiener Gemeinderat setzte heute unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas seine Beratungen über den Budgetvoranschlag 1952 mit der Beratung der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen fort.

Vizebürgermeister Honay (SPÖ), der Amtsführende Stadtrat für das Wohlfahrtswesen, hob hervor, daß die Steigerung der Ausgabenansätze bei dieser Gruppe gegenüber dem Ausgabenetat des Vorjahres rund 40 Prozent betrage. Die Gesamtausgaben dieser Verwaltungsgruppe betragen im Jahre 1951 254,5 Millionen Schilling und werden im kommenden Jahr um 102,8 Millionen Schilling mehr betragen, also 357,3 Millionen.

An der ersten Stelle der Ausgaben dieser Verwaltungsgruppe steht die Wohlfahrtspflege mit 81,4 Millionen. Hievon entfallen allein auf Dauerunterstützungen, Aushilfen und die Krankenpflege 74,6 Millionen. Dieser hohe Betrag ist darauf zurückzuführen, daß im Laufe dieses Jahres die Richtsätze für Dauerunterstützungen bedeutend erhöht worden sind. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der vom Bund festgesetzten Renten ist erfreulicherweise ein ständiges Absinken der Zahl der Dauerbefürsorgten zu verzeichnen. Während 1946 in der offenen Fürsorge rund 56.000 Personen betreut wurden, ist dieser Stand im Oktober dieses Jahres auf 32.563 Dauerbefürsorgte gesunken, es ist also eine Verminderung um 42 Prozent festzustellen. Diese Tatsache wird die Gemeinde in die Lage versetzen, in noch stärkerem Maße als bisher die Dauerbefürsorgten individuell zu behandeln.

Dank an die Fürsorgeräte

Trotz der Verminderung der Zahl der Dauerbefürsorgten wurde die Zahl der Fürsorgeräte nicht herabgesetzt, weil dadurch die Volksverbundenheit der Fürsorge mit den hilfeheischenden Menschen gefestigt werden kann. Aus diesem Grund wurde der Stand von 4000 in der offenen Fürsorge tätigen Frauen und Männer beibehalten.

Die klaglose Arbeit der Fürsorgeräte, die zu keinen nennenswerten Beschwerden aus dem Kreise der Befürsorgten geführt hat, verdient zweifellos den Dank des Gemeinderates.

Der Referent dankte dem Gemeinderat für die Anerkennung der Arbeit dieser Menschen, die darin zum Ausdruck kam, daß die Fürsorge-
räte nach 25jähriger Tätigkeit eine redlich verdiente Ehrenme-
daille erhalten. Der Gemeinderat dankt allen in der Fürsorge täti-
gen Männern und Frauen für ihre undankbare und schwierige Arbeit.
(Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Tagesheimstätten - eine segensreiche Einrichtung

Die Fürsorgeämter haben einen ungeheuren Arbeitsumfang zu bewältigen. Allein im Oktober dieses Jahres wurden die 26 Fürsorge-
ämter von nicht weniger als 56.026 Personen aufgesucht, die in
diesen Ämtern Rat gesucht und vielfach auch die erbetene Hilfe
gefunden haben.

Mit besonderer Genugtuung könne der Referent feststellen,
daß die Tagesheimstätten für die alten, einsamen Leute einen un-
geahnten Aufschwung genommen haben. In diesem Jahr konnte die Zahl
dieser Tagesheimstätten um 4 auf 41 erhöht werden. Er dankt dem
Sozialminister dafür, daß das Sozialministerium die Hälfte des
Erfordernisses dieser Aktion, also 250.000 S, beigestuetzt habe.
(Beifall bei den Sozialisten.) Es handelt sich hier um eine segens-
reiche Einrichtung, die in vielen Fällen alten Leuten hilft, wie -
der zum Leben zurückzufinden. Im abgelaufenen Winter hatten 317.000
alte Männer und Frauen diese Heimstätten aufgesucht. Diese Tat-
sache rechtfertigt es zweifellos, diese Institution auszubauen.

Im Gegensatz zum Vorjahr wird im Rahmen der Kohlenaktion den
Dauerbefürsorgten nicht mehr die Kohle in natura gegeben, da sich
bei der Ausgabe verschiedene Unzukömmlichkeiten ergeben haben,
es bekommen die Dauerbefürsorgten heuer durch 5 Monate je 70 S,
womit sie sich je 100 Kilogramm Briketts kaufen können.

Ausgaben für Sachbeihilfen erhöht

Das nahezu gänzliche Versiegen der ausländischen Naturalspen-
den hat dazu geführt, daß die Ausgaben für Sachbeihilfen gesteigert
werden müssen. Es werden im kommenden Jahr für diesen Zweck
nahezu 2 Millionen Schilling aufgewendet werden, gegenüber 1.8
Millionen Schilling in diesen Jahr.

Auf dem Gebiete der Volksgesundheit ist ein ständiger Rück-
gang der Personen, die die Tuberkulosefürsorge in Anspruch nehmen,
zu verzeichnen. Für diesen Zweck wurden vom Jänner bis Oktober

1,8 Millionen ausgegeben. Dieser Betrag wird sich im kommenden Jahr auf etwas über 2 Millionen Schilling erhöhen.

Für die Opfer des Faschismus steuert die Gemeindeverwaltung aus eigenen Mitteln im kommenden Jahr 200.000 S bei; vom Bund bekommt die Gemeindeverwaltung für diesen Zweck weitere 300.000 S zur Verfügung gestellt.

In der Wohlfahrtspflege sei man bestrebt, die Körperbehinderten nach Möglichkeit wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern. In einer eigenen Werkstätte werden je 20 Männer und Frauen in Näharbeiten, Buchbinder- und Kartongearbeiten ausgebildet, und es ist bisher immer wieder gelungen, die ausgebildeten Körperbehinderten mit Hilfe des Arbeitsamtes zu vermitteln. Sie konnten aus der Fürsorge herausgenommen und in den Produktionsprozeß eingegliedert werden.

Durch die sogenannte Warenstelle sind allein im Oktober 5.014 Personen durchgegangen, an die 18.888 Textilien, 1903 Paar Schuhe und 105 Einrichtungsgegenstände ausgegeben wurden. Gerade auf diesem Gebiet macht es sich sehr unangenehm bemerkbar, daß die charitative Tätigkeit des Auslandes fast vollständig aufgehört hat.

Die Betreuung der Flüchtlinge

Auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens betreut die Gemeinde 8 Flüchtlingslager, außerdem zwei Rekonvaleszentenheime. Der Stand der betreuten Personen beträgt derzeit 2875. Es ist hier ein ständiger Rückgang zu verzeichnen. Im Vorjahr waren noch 3400 Flüchtlinge zu betreuen. Die bestehenden Lager wurden in diesem Jahre ausgebaut, aus den Baracken sind vielfach Wohnungen geworden. Die in den Lagern der Gemeinde befindlichen Flüchtlinge sind ungemein arbeitsfreudig und arbeitswillig und zum größten Teil in der Wirtschaft tätig. Ein Teil von ihnen hat bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erworben. Es ist das Ziel der Gemeinde, diese Menschen aus den Lagern, aus den Baracken und aus den Schulen, die sie gegenwärtig bevölkern, herauszunehmen und zu gleich berechtigten Gliedern unserer Bevölkerung zu machen. Wenn die Baracken von den Flüchtlingen geräumt sein werden, können sie noch immer als Notunterkünfte für Obdachlose und ähnliche Zwecke verwendet werden.

Neue städtische Kindergärten

Auf dem Gebiete der Betreuung der Jugend ist ein besonders intensiver Ausbau der Kindergärten und Horte festzustellen. Im April 1945 standen für die Betreuung der Kinder nur 18 Kindergärten und Horte zur Verfügung, derzeit sind es 150. Allein in diesem Jahr wurden 14 neue Kindergärten und Horte eröffnet. An 5 Kindergärten wird derzeit gearbeitet und sie werden noch im Jahre 1952 eröffnet werden. Der geplante Neubau im ersten Bezirk auf der Fischerstiege wird einen Kindergarten aufweisen, ebenso ist für die große Wohnhausanlage in der Linzer Straße der Bau eines Kindergartens im Garten des Baumgartner Kasinos vorgesehen, für den im Budget bereits eine erste Baurate enthalten ist. Auch in Groß-Enzersdorf im 22. Bezirk wird im Laufe des kommenden Jahres ein neuer Kindergarten entstehen.

Die für das Kindergartenwesen präliminierten Ausgaben betragen 40,6 Millionen Schilling, denen Einnahmen von 7,1 Millionen gegenüberstehen. Der tatsächliche Aufwand für diesen Zweig unserer Kinderfürsorge wird daher 33,5 Millionen Schilling ausmachen.

Im Jahre 1934 hatte Wien insgesamt 344 Kindergartenabteilungen zu verzeichnen, im kommenden Jahr werden es 508 Abteilungen sein. (Beifall bei den Sozialisten.) 1947 waren in den Kindergärten und Horten nur 9.400 Kinder eingeschrieben, im kommenden Jahr werden wir in der Lage sein, rund 16.000 Kinder in unsere Kindergärten und Horte aufzunehmen. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Der Referent dankt den Kindergärtnerinnen und Kinderwärtnerinnen für ihre große Arbeitsleistung. Die Zahl der neu eingestellten Kindergärtnerinnen steht leider in keinem Vergleich zu dem Mehranfall an Arbeit durch die Errichtung neuer Kindergärten und Abteilungen.

Am 1. Jänner 1951 waren 724 Kindergärtnerinnen beschäftigt, am 1. Dezember trotz der erhöhten Tätigkeit nur 751. Dies ist der beste Beweis dafür, wie sparsam mit dem Personal umgegangen wird.

Die Sommerkindergärten haben einen starken Anklang bei der Bevölkerung gefunden. 1946 wurde mit 400 Kindern begonnen, heute beträgt die Zahl 5.000.

Erfreulich ist der stete Rückgang der Teilnehmer an den Ausspeisungsaktionen. Dies ist ein Zeichen für die Besserung der Lebensverhältnisse. Im Jahre 1946 wurden in Wien täglich 170.000 Kinder, Lehrlinge und Studenten ausgespeist, die Gemeinde Wien trug für 65.000 die Kosten. Im Jahr 1950 ist die Zahl der von der Gemeinde Betreuten auf 37.000 zurückgegangen, obwohl bei der Vergebung von Freiplätzen sehr weitherzig vorgegangen wird. Jetzt werden täglich an den Schulen 5.687 und in den Kindergärten 10.377 Kinder ausgespeist. Die Gemeinde Wien veranschlagte für das Jahr 1952 für die Ausspeisungsaktion 2,7 Millionen Schilling.

Mehr städtische Pflegeeltern

Eine sehr beachtenswerte soziologische Erscheinung ist die ständige Vermehrung unserer städtischen Pflegekinder. Während im Jahre 1947 in Wien 4.673 Pflegekinder betreut wurden, beträgt der heutige Stand 6.386. Nicht einmal die Hälfte ist in eigenen städtischen Heimen untergebracht; der größere Teil muß in gemieteten Heimen Unterkunft finden. Wir sind hier leider noch sehr weit von dem angestrebten Zustand entfernt, den größten Teil dieser Kinder in Privatpflege unterzubringen. Gegenwärtig befinden sich nur 1.524 Kinder in Familienpflege. Im Jahre 1952 sind allein für Pflegegelder 4 Millionen veranschlagt, wozu noch 2 Millionen für Bekleidung und Beschuhung kommen, die unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Leider haben manche Eltern eine allzu leichte Hand bei der Abgabe ihrer Kinder in die Fürsorge der Gemeinde. Die Zahl der Amtsmündel steigt ununterbrochen. 1947 wurden 23.314 Mündel betreut, im Oktober 1951 26.967, von denen nur 138 ehelicher Geburt sind.

Geburtenrückgang - aber mehr Armeekinder

Auch die Zahl der Armeekinder ist im steten Ansteigen. 1946, als sich die amoröse Tätigkeit unserer Besatzungstruppen auszuwirken begann, haben wir nur 735 Armeekinder gezählt. Davon hatte den Löwenanteil von 371 die östliche Besatzungsmacht zu verbuchen. Hier ist nun ein gründlicher Wandel eingetreten. Der Osten ist vom Westen geschlagen worden, Amerika ist im Vorlauf begriffen! Im Jahre 1950 betrug die Zahl der Armeekinder genau die Jahreszahl 1950. Im Oktober 1951 war eine Steigerung um 133 auf 2.083 zu verzeichnen.

Auf die amerikanische Besatzungsmacht entfallen davon 953 (+ 93), auf die russische 639 (+ 7), auf die englische 332 (+ 17) und auf die französische 159 (+ 16). Unverändert blieb die Zahl der 3 Negerlein.

In Wien ist ein katastrophaler Geburtenrückgang zu verzeichnen. Während die Zahl der Lebendgeburten im Jahre 1910 nicht weniger als 44.411 betrug, waren im Jahre 1950 nur 14.099 und in den ersten Monaten des Jahres 1951 nur 9654 Lebendgeburten zu verzeichnen. Die Ursache liegt in der Unrast, die unser ganzes Leben beherrscht und die wir leider nicht abwenden können, weil hier höhere Mächte am Werke sind, auf die wir keinerlei Einfluß auszuüben vermögen.

Im Rahmen der Säuglingswäscheaktion wurden im Jahre 1950 10.161, im Jahre 1951 bis jetzt 8.562 Pakete ausgegeben. Seit Beginn der Aktion im Jahre 1947 wurden insgesamt 37.505 Pakete zugeteilt. Die Aktion wird sehr erschwert, weil leider ein Großteil der Mütter die Bedingung nicht einhält, die Wassermannblutprobe im 3. Monat der Schwangerschaft vornehmen zu lassen.

Ganz besonders erfreulich ist die Tätigkeit des "Wiener Jugendhilfswerkes" das in diesem Sommer wieder über 35.000 Kinder durch 30 Tage in eigenen schönen Landheimen untergebracht hat.

Die Zahl der Schulentlassenen wird ständig ansteigen. Daher ist die Aktion "Jugend am Werk" von besonderer Bedeutung. Während heuer 10.286 Schüler die Schule verlassen, werden es im Jahre 1952 über 12.000, im Jahre 1953 fast 24.000 und im Jahre 1954 über 25.000 sein. Im Jahre 1955 wird mit ungefähr 26.000 Schulentlassenen der Höchststand erreicht werden. Wenn nicht eine große Prosperität eintritt, wird die Wirtschaft unserer Republik und insbesondere der Stadt Wien nicht in der Lage sein, alle diese Schulentlassenen aufzunehmen. Es ist daher eine Pflicht der Stadtverwaltung, gemeinsam mit der Bundesregierung hier Vorsorge zu treffen.

Das Jugendgästehaus im Schloß Pötzleinsdorf kann als ein Juwel der Fürsorge bezeichnet werden.

Im Jahre 1951 wurde der Versuch unternommen, die Verwaltungsreform in einer Weise durchzuführen, die der Arbeit keinen Abbruch tut. Trotz erhöhter Leistungen wurde das Personal dieser Verwaltungsgruppe gegenüber dem Vorjahre um 102 Personen auf 2543 Ange-

stellte reduziert und in allen Abteilungen Dank der verständnisvollen Mitarbeit der Vorstände und in demokratischer Zusammenarbeit Reformen durchgeführt werden, die einen Personalabbau zur Folge hatten, ohne daß der Betrieb den geringsten Schaden erleiden wird.

Der Berichterstatter bezeichnet es als sein oberstes Ziel, die Steuergelder so zu verwenden, daß mit dem kleinsten Beträgen der größtmögliche Effekt erzielt wird. Es ist mein Bestreben, schließt er, das alte Ziel aller Sozialarbeiter in dieser Verwaltungsgruppe zu verwirklichen, das auf der Erkenntnis beruht, daß eine gesunde Gesellschaftsordnung nur von gesunden Menschen getragen werden kann.

Der Gemeinderat geht sodann in die Spezialdebatte über diese Gruppe ein.

GR. Martha Burian (WdU) bespricht einzelne Posten der Ansätze in der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen. Sie bedauert vor allem, daß der Aufwand für das Wohlfahrtswesen im Verhältnis zu den sozialen Aufgaben, die der Stadt Wien erwachsen, nicht zureichend und die Ansätze zu gering seien. Sie kritisiert ferner die Berechnung des Lebensaufwandes für die Befürsorgten, die nicht richtig kalkuliert sei.

Im Zusammenhang mit dem Jugendgästehaus in Pötzleinsdorf stellt die Rednerin einen Antrag, in dem sie nach den Gesamtkosten für die Umwandlung fragt, ferner, wie hoch der Betriebsaufwand und die Frequenz im vergangenen Jahr war und wie hoch sie für das kommende Jahr angenommen werden.

In den Kindergärten werden zwar gute Speisen ausgegeben, es fehle jedoch jegliche Frischkost.

Rednerin kritisiert auch, daß bei der Eröffnung von Kinderheimen immer eine Art kleiner politischer Feier veranstaltet wird. Man möge bedenken, daß es doch alle Wiener Steuerzahler sind, die das Geld dafür aufbringen.

Bezüglich der Altersheime stellt sie die Anfrage, ob die Beheizung dieser Anstalten gegenüber dem letzten Winter besser geworden ist.

Abschließend lobt die Rednerin die Aktion "Jugend am Werk". Sie hält diese Institution vom sozialen und erzieherischen Standpunkt aus für ganz ausgezeichnet. Im Namen der WdU gab sie die

Zustimmung zu den Ansätzen und sprach die Hoffnung aus, daß man für die Dauerbefürsorgten mehr tun werde. (Beifall beim WdU.)

In ausführlicher Rede beschäftigte sich GR. Lauscher (LBl.) mit dem Wiener Wohlfahrtswesen. Er unterzieht die einzelnen Ansätze einer kritischen Überprüfung und bezeichnet sie als wenig entsprechend. Die Ausgaben sind um rund 100 Millionen Schilling höher als im Vorjahr, darin stecken aber 85 Millionen, die man nicht als wirkliche Ausgaben bezeichnen darf, weil sie auf der anderen Seite zur Gänze wieder als Einnahmen hereinkommen. Dabei wächst die Not in Wien ständig.

(GR. Dr. Ing. Hengl (ÖVP) übernimmt den Vorsitz.)

Der Redner bemängelt, daß die Gemeinde Wien durch den Geburtenrückgang sogar Geld bei den Säuglingspaketen einsparen kann, und beschäftigt sich dann ausführlich mit den Kindergärten der Stadt Wien. Er bezeichnet die Zahl der Kindergärten und Horte als ungenügend und führt verschiedene Bezirke als Beispiele dafür an, wo überall neue Kindergärten notwendig wären. Er stellte fest, daß das Kindergartenwesen jeder großzügigen Förderung entbehrt, und die Zahl der Freiplätze viel zu gering sei. GR. Lauscher verlangt auch, daß mehr Spiel- und Beschäftigungsmaterial angeschafft werde, und kritisiert die Ausspeisung in den Kindergärten, die durch die Wök geschieht. Redner verlangt eine Untersuchung. Schließlich stellt er einen Antrag, ein Programm auszuarbeiten, das ehestens die Errichtung neuer Krabbelstuben, Kindergärten und Horte vorsieht.

Bezüglich der Jugendfürsorgeanstalten erinnert der Redner an verschiedene Mißstände und bezeichnet das Pflegepersonal als völlig überlastet.

Er nimmt auch gegen die Zweiteilung der Geschäftsgruppen IV (Wohlfahrtswesen) und V (Gesundheitswesen) ^{Stellung,} deren Agenden sich oft überschneiden.

Ferner schlägt der Redner eine Erhöhung der Pflegegelder vor und stellt einen Antrag auf Erhöhung der Ansätze für Stipendien von 1.1 Millionen auf 1.3 Millionen Schilling.

Weiter verlangt GR. Lauscher, die Gemeinde möge sich auch um die Jugendlichen vom 18. Lebensjahr an bis zur Volljährigkeit kümmern. Die Gemeinde Wien habe die Verpflichtung, Jungarbeiterheime zu errichten. Er bedauert den Rückgang der Aktion "Jugend

am Werk", die seit Beginn zu parteimäßig geführt werde und deren Probleme mit wenig Ernst behandelt werden. Man müsse die Berufsausbildung der Jugend sicherstellen, Lehrwerkstätten schaffen und andere geeignete Maßnahmen treffen.

Als Ursache für den Niedergang der Fürsorge bezeichnet der Redner u.a. das Fehlen eines fortschrittlichen Jugendfürsorgegesetzes. Er stellt auch einen Antrag auf Erhöhung der Fürsorgerenten auf mindestens 400 S im Monat für eine Einzelperson.

Bezüglich der Blindenfürsorge verlangt er, daß das Ergebnis der alljährlich durchgeführten Sammlung gerecht aufgeteilt werden müsse und man dabei alle Vereine berücksichtigen solle.

Abschließend stellt GR. Lauscher fest, seine Fraktion sei der Meinung, daß die heutige Zeit, die verschärfte Not und das Elend unserer Stadt eine großzügigere Fürsorge nach den Vorschlägen des Linksblockes notwendig machen würden. Der Linksblock werde daher gegen die Ansätze stimmen.

GR. Kowatsch (ÖVP) anerkennt die Tatsache, daß für das Wohlfahrtswesen eine große Summe eingesetzt ist, bezeichnet es aber doch als notwendig, einige Positionen dieses Kapitels genauer zu besprechen.

Es ist zu begrüßen, daß die jährlich wiederkehrende Forderung nach einer einheitlichen Regelung der Pflegegelder in Alt-Wien und den Randgebieten endlich erfüllt wurde, es müßte aber auch die gleiche Regelung der Pflegegelder für die von geistlichen Schwestern geführten Anstalten und die privaten Anstalten gelten. (Beifall bei der ÖVP.) Die geistlichen Schwestern leisten mindestens eine gleich wertvolle und erfolgreiche Erziehungsarbeit an den Pflegekindern wie das Personal der anderen privaten Anstalten. Auch hier müsse der Grundsatz "gleiche Arbeit - gleicher Lohn" gelten. (Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Bezüglich der Säuglingswäschepaketaktion verlangt der Redner, daß die werdenden Mütter bei den Heimatvertriebenen unter den gleichen Bedingungen diese Pakete erhalten wie die übrigen Mütter. Es dürfe die Zuteilung solcher Pakete nicht von der Befürwortung einer sozialistischen Interessengemeinschaft abhängig gemacht werden. Dieser Übelstand soll vom zuständigen Stadtrat abgestellt werden.

Erfreulich sei der Ausbau und die Neuerrichtung von Kindergärten, es müsse aber auch festgestellt werden, daß viele private

christliche Kindergärten der Gemeinde auf diesem Gebiet große Sorgen und finanzielle Lasten abgenommen haben, denn diese Kindergärten werden von 18.000 bis 20.000 Kindern besucht. Sie erhalten aber weder eine Unterstützung noch eine Subvention. Allen diesen Organisationen soll der Dank für ihre beispielgebende Arbeit abgestattet werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Neueröffnung von Kindergärten sollen bei der Personalbesetzung auch die Absolventen privater Erziehungsanstalten berücksichtigt werden.

Die Gemeinde Wien zeige für die Wünsche der Fürsorgerinnen scheinbar nicht das richtige Verständnis, da diese nur in Ausnahmefällen in die Gruppe C eingereiht werden. Es wäre an der Zeit, diese Fürsorgerinnen, von denen eine gute Fachschulbildung und viel Sachkenntnis verlangt wird, in die Gruppe C einzureihen und ihnen Aufstiegsmöglichkeiten in die Gruppe B einzuräumen.

Es sei unzumutbar, das Schloß Wilhelminenberg für Kinder zu verwenden, die nur für kurze Zeit zu Beobachtungszwecken dort eingewiesen werden. Dieses schön gelegene Schloß soll für längere Aufenthalte von Kindern vorgesehen werden.

Die Fürsorge darf keinen Unterschied machen, ob es sich bei Eltern, die die Besuchsgelder und die Elternbeiträge für die Auspeisung in den Kindergärten nicht bezahlen können, um Fälle handelt, in denen die Kinder private oder städtische Kindergärten besuchen. Hier darf es nur die Frage geben: "Bist du bedürftig oder nicht?" (Zustimmung bei der ÖVP.)

Vizebürgermeister Honay möge Aufklärung darüber geben, ob das Kontrollamt in allen Anstalten, in denen die Gemeinde Pflegekinder untergebracht hat, Einschau in die wirtschaftliche Gebarung vornimmt. Der Verein Freie Schule-Kinderfreunde habe anlässlich des 5. Lohn- und Preisabkommens eine Erhöhung der Pflegegelder verlangt. Der Verein habe jedoch trotz wiederholter Aufforderung die Einschau verweigert. Ein Wink von seiten der SPÖ habe wahrscheinlich genügt, daß ein schätzungsweise Gutachten anerkannt und eine Erhöhung des Regiebeitrages pro Kind und Monat von 20 auf 23.90 S bewilligt wurde. (Widerspruch bei den Sozialisten. - Hört! Hört! - Rufe bei der ÖVP.) Durch ein solches Vorgehen begibt sich die Gemeinde jeder Kontrollmöglichkeit.

Der Redner wendet sich dagegen, daß das Kuratorium der Aktion

"Jugend am Werk" eines Tages stillschweigend aufgelöst und einer Magistratsabteilung eingegliedert wurde. Die Arbeit dieser Aktion kann jedoch nicht bürokratisch erfolgen, sondern sie würde von einem Kuratorium unter Beiziehung der Jugend viel lebensnaher und erfolgreicher geführt werden können.

Er kommt auf einen bereits am 21. September gestellten Antrag zurück, den Dauerbefürsorgten der Gemeinde Wien die Differenz aus der Abschlagszahlung für Juli und August und den ab 1. September 1951 genehmigten Richtsätzen nachzuzahlen. Hier habe sich die Gemeinde bei den Ärmsten der Armen einen ziemlich hohen Betrag erspart.

Vizebürgermeister Honay möge Mittel und Wege suchen, den Befürsorgten Beträge geben zu können, mit denen sie ihren notwendigsten Lebensbedarf zu decken in der Lage sind. Die durch das Zurückgehen der Zahl der Dauerbefürsorgten freiwerdenden Beträge sollen dazu herangezogen werden, die verbleibenden Fürsorgeunterstützungen in den bedürftigsten Fällen zu erhöhen.

Nach Ansicht des Redners ist es nicht am Platze, Gelder, die von der Wiener Bevölkerung durch Häusersammlungen, Armenlotterien und sonstige Spenden zur Linderung der Not aufgebracht werden, zu horten und zu sparen. Die Bezirksfürsorgeämter könnten zu den Weihnachtsfeiertagen mit diesen Geldern den Dauerbefürsorgten und Kindern durch Gewährung einer einmaligen Sonderhilfe sicherlich viel Freude machen und viel Not lindern.

Ganz besonderer Dank sei den Fürsorgevorständen, deren Stellvertretern und allen Fürsorgeräten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Fürsorge für die Armen Wiens und für ihre Sammeltätigkeit auszusprechen. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner dankt auch der gesamten Wiener Bevölkerung für ihre Gebefreudigkeit, die jeder Haushalt trotz der angespannten finanziellen Lage an den Tag legte.

Die im Vorjahr aufgestellte Forderung nach Herausgabe eines Mitteilungsblattes an die Fürsorgeräte, um eine einheitliche Führung des Fürsorgewesens in Wien zu erreichen, sei noch nicht verwirklicht. Dagegen habe man für eine Broschüre, die Richtlinien für diese Tätigkeit enthielt, von den Fürsorgeräten

eine Bezahlung verlangt. Das sei wirklich nicht am Platze.

Die Barackenlager für Flüchtlinge sollen besser ausgestattet werden. Es soll auch ein Bericht über die tatsächlichen Ausgaben und Einnahmen in den Flüchtlingslagern erstellt werden.

Durch die Schaffung von Familienausgleichskassen soll für kinderreiche Familien eine ausreichende finanzielle Grundlage gegeben werden. Die Kinder sollen es als ihre höchste Pflicht erachten, für ihre alt und arbeitsunfähig gewordenen Eltern zu sorgen. Nach Möglichkeit sollen die Eltern im Familienverband verbleiben und nicht in ein Altersheim geschickt werden. Unsere Fürsorge muß gerecht sein und nach Möglichkeit jenen Menschen, die der Fürsorge bedürfen, Mittel in einer Höhe zur Verfügung stellen, die ihnen ein Leben ohne Not ermöglichen. Dafür wird die ÖVP arbeiten.

Der Redner erklärt namens seiner Fraktion, daß sie für die Ansätze des Kapitels Wohlfahrtswesen stimmen wird.

GR. Paula Kratky (SPÖ) bekennt sich namens ihrer Fraktion zu den Beschlüssen, der Generalversammlung der Vereinten Nationen über die Deklaration der Menschenrechte. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheine die Fürsorgeleistung der Stadt Wien nie als eine Fürsorgeinflation.

Die Säuglingswäschepaket-Aktion bedeutet für viele junge Ehepaare eine große finanzielle Hilfe. Rednerin wünscht eine bessere Aufklärung der Bevölkerung über die Bedingungen zur Erlangung dieses Paketes, insbesondere die Notwendigkeit der Wassermannprobe im 3. Monat der Schwangerschaft. Auch allen Flüchtlingsfrauen wird nunmehr das Paket ohne Bescheinigung der Interessengemeinschaft gegeben.

Für alle in Wien geborenen außerehelichen Kindern übernimmt die Stadt Wien die Betreuung durch das Jugendfürsorgeamt. Derzeit sind dies von 160.000 Wiener Schulkindern 27.000.

Die Befürchtung der ÖVP-Presse, die "Luxuspaläste" der Kindergärten könnten den Kindern das Elternhaus verleiden, ist unbegründet. Die Kinder wissen genau zwischen Elternhaus und Kindergarten zu unterscheiden. Es gefällt ihnen da und dort. Die Eltern, die ihre Kinder in die städtischen Kindergärten schicken, gehen völlig ruhig in die Arbeit, weil sie wissen, daß dort ihre Kinder so gut betreut werden, wie man es sich zu Hause nicht besser wünschen könnte.

Der Gemeinderat Lauscher hat sich, erklärt Rednerin, über die zu geringe Zahl der Kindergärten beklagt. Wenn die KP das Heim in der Dornbacher Straße zwei Jahre früher geräumt hätte, hätten 170 Hernalser Kinder bereits heute einen schönen Kindergarten und einen schönen Kinderjugendhort. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Die vom Verein "Freie Schule-Kinderfreunde" verlangte Erhöhung des Regiebeitrages habe das Kontrollamt als gerechtfertigt bezeichnet. Man müsse daher die Forderung gleichfalls anerkennen.

Die Schülerausspeisung in der bisherigen Form ist nach Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse heute nicht mehr notwendig. Kinder, deren Eltern in Arbeit gehen, sollen jetzt einen Mittagstisch bekommen, der dem elterlichen gleichkommt und bei dem vorgesorgt wird, daß die Kinder auch die notwendige EBkultur erhalten.

Die Aktion "Jugend am Werk" hat ihre Arbeit zentralisiert. Wer das Heim in der Grundsteingasse kennt, kann der Aktion nur viel Arbeiterfolg wünschen. Die ständig steigende Zahl der Schulentlassenen läßt es nur als wünschenswert erscheinen, daß die Gemeinde Wien in den nächsten Jahren mehr solche Häuser errichtet.

In der Kindergärtnerinnenbildungsanstalt der Stadt Wien wird versucht, die Lücken der Schulbildung durch einen Vorbereitungsjahrgang zu schließen. Es ist ein alter Wunsch der Kindergärtnerinnen, eine vierjährige Ausbildungszeit zu haben. Vielleicht ist es auch möglich, durch einen zweijährigen Vorbildungskurs die Wartezeit bis zum 16. Lebensjahr zu überbrücken und das nötige Fachwissen zu vermitteln.

Rednerin würdigt das Wirken der Wiener Fürsorgeschule. Es ist eine große Ehre und eine große Anerkennung für die Institution, daß ihre Leiterin, Frau Dr. Nuna Sailer, gegenwärtig Miß Pohek in der Sozialabteilung der Vereinten Nationen in Genf vertritt.

Gemeinderätin Paula Kratky schließt: Wer sieht, wie glücklich die von der Stadt Wien betreuten Kinder und Befürsorgten sind, der muß sagen, daß wir für das nächste Jahr keine Sorge zu haben brauchen. Die sozialistische Fraktion wird diesen Ansätzen in dem Wissen zustimmen, daß alles in dieser Stadt getan wird, um den Armen und Bedürftigen zu helfen, denn die Wohlfahrt ist für die Gemeinde Wien eine Verpflichtung! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Vizebürgermeister Honay geht in seinem Schlußwort auf die in der Debatte berührten Probleme ein und erklärt zu der Bemängelung der GR. Burian, die Rationen der Dauerbefürsorgten seien Hungerrationen, daß die Berechnungen nicht willkürlich aufgestellt würden. Unter der Mitarbeit von bedeutenden Ernährungswissenschaftlern sei eine tägliche Nahrungsaufnahme von 2200 bis 2400 Kalorien für Menschen, die in einer leichten Beschäftigung stehen, als ausreichend errechnet worden. Die Berechnung für die Dauerbefürsorgten, die eigentlich keiner Arbeit nachgehen, basiert auf 2300 Kalorien täglich. Gemäß dem Rechnungsabschluß wurden allein für die Dauerbefürsorgtenunterstützungen 49.5 Millionen ausgegeben. Im Voranschlag 1952 sind einschließlich der Aushilfen 75 Millionen, also eine Erhöhung um rund 50 Prozent vorgesehen. Von Hungerrationen könne also nicht gesprochen werden.

Die Gesamtbaukosten des Jugendgästehauses in Pötzleinsdorf werden 3,849.931 S betragen. Der Berichterstatter schließt sich dem Antrag Burian an.

Zu der von der gleichen Gemeinderätin erhobenen Beschwerde, daß bei verschiedenen Eröffnungsfeiern parteipolitische Reden gehalten werden, verweist er darauf, vor allem der Bürgermeister hebe fast in jeder Eröffnungsrede hervor, daß die Steuerträger große Summen für die Wohlfahrtseinrichtungen und insbesondere für das städtische Bauwesen aufbringen müssen.

Gegenüber der Kritik des GR. Lauscher an der zu geringen Aufklärung der Eltern in Fürsorgeangelegenheiten verweist er auf die Elternschule der Stadt Wien, in der von bedeutenden Fachkräften eine sehr nützliche Tätigkeit entfaltet wird.

Es stimmt, daß wir mehr Kindergärten und Hörte benötigen und einzelne Bezirke stiefmütterlich bedacht sind, aber man hört, daß selbst in Ländern der Volkdemokratie noch nicht alle Kinder der arbeitenden Schichten in Kindergärten und Horten untergebracht sind. (Zustimmung bei den Parteigenossen.) Selbstverständlich kann in der kurzen Nachkriegszeit nicht schon alles, was wir gerne haben möchten, auch schon durchgeführt sein. Es ist daher Demagogie, wenn von der Gegenseite ununterbrochen behauptet wird, daß viel zu wenig geschieht, und Namen, die uns heilig sind, geschändet werden. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Die Kritik des GR.Lauscher an der Ausspeisung durch die WÖK höre Berichterstatter zum ersten Mal. Er finde es nicht richtig, sie in offener Gemeinderatssitzung vorzubringen. Eine sofortige telephonische Mitteilung wäre besser am Platze gewesen. Die Angelegenheit werde strengstens untersucht werden. Den Antrag Lauscher hinsichtlich der Ausspeisungsaktion empfiehlt er der Zuweisung an den zuständigen Ausschuß, den Antrag auf Verdreifachung des Betrages für Stipendien aus finanziellen Gründen zur Ablehnung.

Es ist unrichtig, daß bei der Aktion "Jugend am Werk" etwas vernachlässigt worden wäre. Gerade die Eröffnung des Heimes in der Grundsteingasse beweist das Gegenteil. Bisher sind alle männlichen Schulentlassenen in Lehretellen untergebracht worden. Schwierigkeiten ergeben sich nur bei der großen Zahl der Mädchen. Regelmäßige Berichte über die Aktion werden den Mitgliedern des zuständigen Gemeinderatsausschusses bereits derzeit zur Verfügung gestellt. Ein zusammenfassender Bericht steht in Aussicht.

Den Antrag Lauscher auf Erhöhung der Dauerbefürsorgtenunterstützung empfiehlt der Berichterstatter gleichfalls aus finanziellen Gründen zur Ablehnung. Er wendet sich gegen die Spaltung der Organisation der Blinden durch kommunistische Gründungen und hebt hervor, daß durch den daraus entstehenden erhöhten Verwaltungsaufwand nur die Blinden selbst Schaden leiden. Jede parteipolitische Verteilung der Gelder der Blinden müsse abgelehnt werden.

Dann beschäftigt sich der Referent mit den Ausführungen von GR.Kowatsch, dem er auf verschiedene Vorwürfe erwidert. Er hebt

unter anderem hervor, daß die Gemeindeverwaltung keine versteckten Subventionen geben kann. Die geistlichen Heime brauchen eben nur 20 Prozent der Verpflegskosten für das Personal, während die weltlichen Heime 43 Prozent der Verpflegskosten dafür aufwenden müssen. Eine Gleichstellung sei daher nicht möglich.

Auch daß die Caritas-Kindergärten mit den Kindergärten der Gemeinde gleichgestellt werden, ist eine alte, aber etwas unverständliche Forderung. Letzten Endes hätte ja dann die Caritas keine Daseinsberechtigung.

Vizebürgermeister Honay betonte auch, daß es wegen des verschiedenen Ausbildungsgrades unmöglich sei, alle Fürsorgerinnen in die Gruppe "C" einzureihen. Er gab ferner seiner Bereitschaft Ausdruck, dem Gemeinderat über die Wirtschaftlichkeit der Warenstelle zu berichten.

Zu dem Vorwurf, daß bei Sammlungen Ersparungen vorgenommen werden, erwidert der Referent, daß dies nur auf die Tbc-Sammlung zutreffe, weil diese Beträge für die Errichtung von Häusern für rekonvaleszente Kranke verwendet werden sollen.

Das Lager Auhof ist ein Obdachlosenlager und untersteht daher nicht der Geschäftsgruppe IV. Im übrigen sei er bereit, sagte der Referent, einen Bericht über die Gebarung der Flüchtlingslager zu geben.

Zu dem Wunsch der GR. Paula Kratky, die Säuglingswäschepaket-Aktion mehr publik zu machen, teilte der Vizebürgermeister mit, daß er das gern tun wolle; er bitte jedoch vor allem die Wiener Presse, in dieser Angelegenheit zu helfen.

Abschließend ersuchte der Vizebürgermeister, die Ansätze des Voranschlages der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen anzunehmen. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen. Ein Antrag der Gemeinderätin Martha Burian wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, zwei Anträge des GR. Lauscher werden abgewiesen und einer der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Das Wiener Gesundheitswesen

Über die Situation auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und über die Ansätze seiner Geschäftsgruppe referierte Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP). Er gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Gesundheitsverwaltung, ihre Planung und über den Gesundheitsstand der Wiener Bevölkerung.

Das Gesundheitsamt der Stadt Wien dient in seinem überwiegenden Teil der Vorbeugung. Die Ansätze zu einer solchen Prophylaxe hat es auch früher gegeben: aber erst in den letzten Jahrzehnten und besonders in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sind sie bedeutend weiter entwickelt worden. Die Fortschritte der Medizin haben dazu natürlich ebenfalls beigetragen. Dazu kommt aber in immer größerem Maße eine neue Aufgabe, und zwar die der nachgehenden Fürsorge. Es handelt sich dabei um die Überwachung und Beratung von Menschen, die an bestimmten Krankheiten litten und nun nachgehend beobachtet werden.

Rückgang der Tbc-Sterblichkeit

Auch der Gedanke der systematischen Gesundenuntersuchungen und der Gesundenüberwachung beginnt sich immer mehr nicht nur in Österreich, sondern auch in vielen anderen Ländern durchzusetzen. Die Erfahrungen der Gesundenuntersuchungsstellen der Krebsfürsorge haben gezeigt, daß verschiedenste Leiden im Frühstadium entdeckt wurden, in dem die Betroffenen noch keine Krankheitszeichen bemerkten. Der Referent betonte, daß früher oder später eine Organisation geschaffen werden müsse, die eine durchgehende Gesundheitsüberwachung von der Geburt bis in das hohe Alter ermöglicht. Es mag sein, daß die Einführung einer derartigen Fürsorge und Vorsorge viel Geld kostet, es ist aber ebenso sicher, daß sich diese Anlage auf längere Sicht rentiert.

Wie sehr sich die bisherigen Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge bewährt haben und wie ihre Tätigkeit kostensparend gewirkt hat, erläuterte Vizebürgermeister Weinberger an Hand von einigen Zahlen. So ist durch die Tuberkulosefürsorge die Tuberkulosesterblichkeit in Wien bedeutend gesunken. Während 1908 bis 1912 im Durchschnitt 6944 Menschen jährlich an Tbc starben, also 32.6 von zehntausend, waren es 1929 3144 Menschen, das sind 17 von

zehntausend und 1950 nurmehr 1081, also nur mehr 6.1 von zehntausend. Am stärksten ist die Tbc-Sterblichkeit der Kinder und Jugendlichen zurückgegangen. Während 1908 bis 1912 jährlich durchschnittlich 297 Kinder von 0 bis 1 Jahr starben, sind es 1950 nur 2 Kinder gewesen. Bei den Kindern von 0 bis 5 Jahren ist die Zahl der Sterbefälle von 1057 auf 13, von 5 bis 14 Jahren von 470 auf 13 und von 14 bis 20 Jahren von 492 auf 7 im Jahre 1950 zurückgegangen.

Der Rückgang der Tuberkulosesterblichkeit vor allen bei den Kindern und Jugendlichen hängt von verschiedenen Faktoren ab; vor allem von der Besserung der allgemeinen Verhältnisse, Ernährung und Wohnung, dann durch die intensive Beschäftigung der Fürsorgestelle, bei den Kindern besonders durch die Schutzimpfungen gegen Tbc und durch die moderne und richtige Behandlung.

Auch in der Geschlechtskrankenfürsorge ist ein großer Erfolg festzustellen. Der Rückgang der Geschlechtskrankheiten seit Kriegsende ist unverkennbar. Im Jahr 1946 waren rund 20.000 Geschlechtskranke in Wien, 1949 6344, 1950 4046 und 1951 bis jetzt nur 2702.

Durch die Geschlechtskrankenfürsorge der Gemeinde Wien werden 25 Prozent aller Geschlechtskranken der Stadt erfaßt. Besondere Bedeutung kommt der Kontrolle der Prostituierten zu.

Auch die Zahlen in den Schulzahnkliniken zeigen eine Besserung der Verhältnisse. Von 10.000 untersuchten Schulkindern waren im Jahre 1925 rund 94 Prozent zahnkrank. 1936/37 wurden 114.000 Schulkinder untersucht, von denen nur mehr 56 Prozent zahnkrank waren und 1950/51 94.000 Schulkinder, von denen 47 Prozent zahnkrank waren. Es ist also gelungen, die Zahl der zahnkranken Kinder auf die Hälfte des früheren Standes herabzudrücken.

Der Referent verweist darauf, daß sich die sportärztliche Untersuchungs- und Beratungsstelle der Gemeinde gut bewährt hat und in den ersten elf Monaten dieses Jahres von 2332 Sportlern in Anspruch genommen wurde.

Derzeit sind 18 Schulzahnkliniken in Betrieb. Im Schuljahr 1948/49 wurden 71.000 Kinder untersucht, 1950/51 95.000 Kinder untersucht und 24.895 behandelt. Hoffentlich werde es gelingen, einen Kostenbeitrag der Krankenkassen zu erreichen.

Die Zahl der Mutterberatungsstellen konnte auf 79 erhöht werden. In Wien sind die Verhältnisse als befriedigend zu bezeichnen, in den Bundesländern mangelt es jedoch noch an vielem, vor allem fehlt es dort an geschulten Fachärzten. Der Referent wendet sich gegen die oft tendenziös gefärbten Berichte über die Säuglingssterblichkeit und stellt fest, daß sie derzeit in Österreich 5,4 Prozent beträgt. Andere Länder weisen wesentlich höhere Säuglingssterblichkeitsziffern auf, so z.B. Chile 16 Prozent, Mexiko 10,3, Portugal 10, Italien 7, Spanien 6,9, Belgien 6,5. Auch in West-Berlin und in München betrage die Sterblichkeit noch immer 5,7 Prozent. Um allen Entstellungen entgegenzutreten, ist es notwendig, darauf hinzuweisen, daß wir gerade auf diesem Gebiete in Österreich um ein bedeutendes Stück vorwärtsgekommen sind.

Die Zahl der Tuberkulosefürsorgestellen wurde gegenüber 1937 fast verdoppelt und beträgt derzeit 21.

Die Infektionskrankheiten bewegen sich mit Ausnahme der Kinderlähmung und der Darminfektionskrankheiten in absteigender Linie. An Infektionskrankheiten traten 1951 in Wien 1.477 Fälle von Diphtherie, davon 47 Sterbefälle, auf, an Scharlach 2.657 Fälle (5 Sterbefälle), Keuchhusten 1.195 Fälle (15 Sterbefälle), Kinderlähmung 76 Fälle (16 Sterbefälle), Bauchtyphus 242 Fälle (11 Sterbefälle), Paratyphus 156 Fälle (6 Sterbefälle) und Ruhr 98 Fälle (5 Sterbefälle). Besonders auffällig sei die Abnahme der Erkrankungen an Scharlach von 4.756 Fällen im Vorjahr auf 2.657.

In diesem Zusammenhang erwähnt Vizebürgermeister Weinberger, daß entgegen anderslautenden Meldungen die Schutzimpfungen weitergeführt wurden. Es wurden 1.300 Impfungen gegen Diphtherie, 520 gegen Scharlach, 7.064 gegen Diphtherie und Scharlach, 950 gegen Typhus und 3.105 gegen Pocken durchgeführt. Derzeit werden etwa 10.000 Schulkinder gegen Diphtherie und 5.000 gegen Pocken geimpft.

Die Maßnahmen Österreichs auf dem Gebiete der Krebsfürsorge seien für viele andere Staaten ein Vorbild. Derzeit bestehen in

Wien 4 Gesundenuntersuchungsstellen; freilich ist der Andrang so groß, daß es notwendig wäre, in jedem Bezirk eine solche Stelle einzurichten. Vom 30. Oktober 1950 bis 30. November 1951 wurden insgesamt 3.268 Personen (1.426 Männer und 1.842 Frauen) untersucht. In 151 Fällen wurde Krebsverdacht festgestellt, 1.575 Personen wurden wegen festgestellter anderweitiger Erkrankungen einem Arzt zugewiesen.

Beim Gesundheitsamt besteht eine Reihe von Planungen. Vor allem ist ein weiterer Ausbau der Krebsfürsorge vorgesehen, die Einrichtung einer modernen Alkoholikerfürsorge, da die Zahl der Alkoholiker vor allem bei den jungen Menschen zunimmt. Auch die Beratungsstelle für Nerven- und Gemütekranke soll wieder errichtet werden. Durch eine entsprechende Beratung der Angehörigen können durch eine solche Institution zahlreiche Interferenzen verhindert oder zumindest verzögert werden. Auch eine Schwerhörigenfürsorge ist geplant.

Der systemisierte Bettenstand bei den Spitalern beträgt derzeit 13.670. Es besteht keine Notwendigkeit der Bettenvermehrung, wohl aber müssen dauernd unterbedegte Fachabteilungen reduziert und in interne Abteilungen überführt werden. Der Referent sei wegen der Stilllegung des Leopoldstädter Kinderspitals heftigen Angriffen ausgesetzt gewesen. Dieses Spital mußte jedoch wegen dauerndem Unterbelages der Kinderkrankenabteilungen aus wirtschaftlichen Gründen stillgelegt werden.

Auf dem Gelände des Franz Josef-Spitals sind die Bauarbeiten für ein zentrales Infektionskrankenhaus im Gange. Die Fertigstellung dieses Spitals im Jahre 1953 wird einen bedeutenden Schritt in der Gesundheitsfürsorge unserer Stadt bedeuten.

Der Rettungsdienst verfügt über 26 Sanitätsfahrzeuge und der Krankenbeförderungsdienst über 48. In diesem Jahre werden noch weitere 4 Sanitätsautos und im kommenden Jahr 5 Sanitätsautos neu eingestellt.

Im Jahre 1946 hatte der Rettungsdienst 15.534 Ausfahrten, der Krankenbeförderungsdienst 42.969 Transporte durchzuführen, in den ersten 11 Monaten dieses Jahres verzeichnete der Rettungsdienst 21.928 und der Krankenbeförderungsdienst 72.465 Ausfahrten.

Zu der viel diskutierten Frage der Krankenschwestern führt der Referent aus, daß in den ersten Nachkriegsjahren ein großer Mangel an ausgebildeten Krankenschwestern bestand und eine große Anzahl ungenügend ausgebildeter, nichtdiplomierter Krankenschwestern in Dienst gestellt wurden. Wir haben in Wien derzeit einen systemisierten Schwesternstand von 4421, davon 1383 ohne Krankenpflegediplom, für 1952 sind 4456 systemisierte Schwestern vorgesehen.

Zur Heranbildung eines entsprechenden Nachwuchses unterhält die Gemeinde 4 Krankenpflegeschulen mit zusammen 579 Schülerinnen, 2 Kinderkrankenschwesternschulen weisen 89 Schülerinnen auf.

Auch heuer richtet Vbgm. Weinberger einen eindringlichen Appell an die Wiener weibliche Jugend, sich stärker als bisher diesem wunderbaren und verantwortungsvollen Frauenberuf zuzuwenden.

Der Referent nimmt zur Notwendigkeit des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses Stellung und erklärt, daß man diesem Plan irgendwie näher treten müßte. Die Gemeinde Wien allein werde freilich nicht in der Lage sein, für die Wiener medizinische Schule eine moderne Arbeitsstätte zu schaffen. Am besten wäre es, eine schrittweise Lösung zu verwirklichen.

Der Plan der Errichtung einer zentralen Unfallstation für Vergiftungen sei zu begrüßen, da eine solche Station bei Leuchtgasunfällen und Schlafmittelvergiftungen weitaus bessere Behandlungsergebnisse als bisher erwarten läßt.

Leider sei ein Pavillon des Altersheimes Lainz noch immer von der englischen Besatzungsmacht zur Gänze in Anspruch genommen. Nach seiner Räumung würde er Platz für etwa 1000 Altersheimbetten bieten.

Wie schlecht der Gesundheitszustand unserer Alten heute ist, zeigt sich daraus, daß im Jahre 1938 von 9200 Betten in den Altersheimen nur rund ein Drittel mit bettlägerigen Pfléglingen belegt waren, während heute von rund 6000 Altersheimbetten 4500 oder 76 Prozent auf Krankenabteilungen entfallen.

Auf dem Gebiet der Obdachlosenfürsorge verfügt Wien derzeit über 10 Obdachlosenheimen mit einem Bettenstand von 3400. Der Gesamtbettenstand in 19 Jugendfürsorgeanstalten beträgt 2966.

Der Referent gibt seiner Hoffnung Ausdruck, mit seinen Ausführungen gezeigt zu haben, daß die Wiener Gesundheitsverwaltung

nicht nur auf die gleiche Höhe gebracht werden konnte, auf der sie einmal stand, sondern daß in vielen wesentlichen Fragen Verbesserungen durchgeführt werden konnten und eine Anpassung an die modernen Verhältnisse erfolgte.

Er dankt den Ärzten, den Schwestern, den Beamten, Angestellten und Arbeitern, die seit 1945 in mustergültiger und beispielhafter Weise im Gesundheitswesen tätig waren. (Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.)

GR. Wicha (WdU) bezeichnet es als erfreulich, daß es trotz aller Schwierigkeiten gelungen sei, Wien von Seuchen und Epidemien frei zu halten. Bei Behandlung des Spitalwesens verweist er darauf, daß 25 Prozent der in den Wiener Spitälern Behandelten aus den Bundesländern stammen. Er spricht lobende Worte für die Angestellten in den Spitälern, die bemüht sind, ihr Bestes zu geben, und wendet sich sodann dem unleidigen Kapital der Jungärzte zu. Er stellt dabei den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: 1. In den als Ausbildungstätten zugelassenen Krankenanstalten der Gemeinde Wien sind sovielen Jungärzten zu beschäftigen, daß grundsätzlich auf je 10 Spitalsbetten ein in Ausbildung stehender Arzt entfällt, dem das Entgelt gemäß § 1 des Wiener Landesgesetzes vom 29. September 1950 über das Entgelt und die Anzahl der an den Krankenanstalten in Wien in Ausbildung stehenden Ärzten gebührt. 2. Allen übrigen in Berufsausbildung stehenden Ärzten, die an den zu Ausbildung zugelassenen Krankenanstalten der Gemeinde Wien regelmäßigen spitalsärztlichen Dienst versehen, ist ein ihrer langwierigen und kostspieligen theoretischen Ausbildung angemessenes Entgelt zu bezahlen; sie müssen auch unter allen Umständen zur Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Angestelltenversicherung mit Beginn ihrer tatsächlichen spitalsärztlichen Dienstleistung angemeldet werden. 3. Der Magistrat wird angewiesen, ^{die} zur Verwirklichung dieser Beschlüsse notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen.

Der Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf die Bedeutung der städtischen Schulzahnkliniken und der Aufklärung der Jugend sowie der Erwachsenen auf diesem Gebiete, spricht über die Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke und stellt zur Bekämpfung der Lärmplage in Wien den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Der Wiener Magistrat wird beauftragt, der Lärmbekämpfung in Wien ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und auf die strengste Hand-

habung der zur Lärmbekämpfung bereits bestehenden Vorschriften zu drängen. Der Magistrat wird weiters beauftragt, zu prüfen, in welcher Weise die bereits bestehenden Vorschriften, insbesondere auch im eigenen Wirkungskreis der Gemeinde Wien, verschärft werden können, und angewiesen, sich für eine solche Verschärfung auch bei den übrigen kompetenten Stellen energisch einzusetzen.

Der Großstadtlärm sei, wie die Neurologen behaupten, mit eine der wichtigsten Ursachen des beängstigenden Anschwellens der Zahl der Nervenkranken.

Im Rettungs- und Krankendienst sind die Kriegseinwirkungen bereits weitestgehend behoben. In der Fürsorge für unsere Alten möge moderneren Grundsätzen Rechnung getragen und an den Bau eines modernen Grundsätzen entsprechenden Altersheimes geschritten werden. Die Pflege der Kranken und Alten ist ein besonders schöner Dienst. All jenen, die ihn versehen, muß für ihre Mühe und ihre Opfer der beste Dank ausgesprochen werden.

Die Unabhängigen stimmen für diese Verwaltungsgruppe.

GR. Dr. Matejka (LBl.) geht ausführlich auf das Spitalwesen in Wien ein und stellt im Zusammenhang damit einen Beschlußantrag, der Gemeinderat möge schärfstens Protest dagegen erheben, daß das gesamte Defizit bei der Führung der öffentlichen Krankenhäuser den Gemeinden, insbesondere der Stadt Wien, aufgelastet wird. Der Gemeinderat halte es für eine entscheidende Aufgabe des Staates, für die Erhaltung und den Ausbau öffentlicher Krankenanstalten zu sorgen. Er sei daher der Meinung, daß mindestens das Defizit bei der Führung solcher Anstalten zur Gänze durch den Bund getragen werden müßte. Daß der Bund derzeit fast überhaupt nichts zur Erhaltung der öffentlichen Krankenanstalten beitrage, betrachte der Gemeinderat als einen unhaltbaren Skandal. Er möge daher den Bürgermeister und die zuständigen Amtsführenden Stadträte unverzüglich auffordern, offiziell im Namen der Stadt Wien an den Bundesminister für Finanzen und die gesamte Bundesregierung heranzutreten, um noch in den ersten Monaten des Jahres 1952, rückwirkend auf den 1. Jänner 1952, eine Beitragsleistung des Bundes mindestens in der Höhe des Defizits bei jenen Anstalten, die ehemals Fondskrankenanstalten waren, zu erwirken.

Gleichzeitig solle der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung entschieden dafür eintreten, daß der Bund das gesamte Defizit aller öffentlichen Krankenanstalten zu decken übernimmt und mindestens Beiträge zum Ausbau dieser Anstalten leistet.

Redner wendet sich dagegen, daß seit dem Jahre 1945 in der Wiener Gesundheitsverwaltung eine Zweiteilung eingetreten ist. Es fehlt jede Einheitlichkeit. Das einzige worin eine gemeinsame Führung durch den Magistrat erkennbar ist, ist der Parteienproporz bei der gemeinsamen Personalpolitik.

Die Typhusepidemie in Ybbs ist ein Beispiel mangelhafter Organisation. Schuld ist das System der Aufteilung des Gesundheitswesens auf zwei Verwaltungsgruppen, das System der Desorganisation.

An die Tatsache, daß jährlich in Wien 50 bis 100 Kinder an Typhus und einige Dutzend an Keuchhusten sterben, knüpft Redner die Forderung nach einer verstärkten Impftätigkeit und einer intensiveren Aufklärung der Bevölkerung.

Der Redner kritisiert die Unzulänglichkeit der Gesundheitsverwaltung in der vorbeugenden Behandlung, aber auch in der Behandlung der Kranken. Er stellt fest, daß es unter anderen bei den Schulzahnkliniken den Anschein hat, als ob man langsam darauf hinarbeite, sie lahmzulegen. Er wendet sich gegen die unsinnige Sparwut in den Spitalern und verlangt, daß das Prinzip des Sparens nicht an die Spitze jeder Tätigkeit bei der Gemeinde gestellt wird.

Im Zusammenhang mit dem Erstickungstod eines Säuglings im Zentralkinderheim der Gemeinde Wien stellt der Redner einen Antrag, ehestens einen ausführlichen Bericht über die Durchführung der von den seinerzeit eingesetzten Kommissionen verlangten Maßnahmen. Ein weiterer Antrag fordert die Erhöhung der Hand- und Taschengelder sowie der sonstigen Pflingelingeelder in den Altersheimen auf das Doppelte.

Der Redner kommt dann auf die Berufskrankheiten zu sprechen und weist auf die Möglichkeit der vollständigen Verhinderung von Arbeitsschäden und Berufskrankheiten hin, die bei der "Ersten Österreichischen Tagung für Arbeitsmedizin" festgestellt wurde.

Der Redner nimmt auch dagegen Stellung, daß für die sanitäre Kontrolle von tausenden von Betrieben und hunderttausenden Arbeitern nur zwei Ärzte zur Verfügung stehen.

Er erinnert ferner an eine schon früher erhobene Forderung des Linksblockes, der ärztlichen Betreuung der alten Leute besonderes Augenmerk zuzuwenden und eine eigene Abteilung für Alterskrankheiten zu schaffen.

Eingehend beschäftigt sich Dr. Matejka mit verschiedenen Problemen der Ärzteschaft. Er wendet sich vor allem gegen die Behauptung, es gebe zu viel Ärzte und sagt die Meinung der wirklich fortschrittlichen Welt sei es überall, daß zu wenig Ärzte vorhanden sind. Die vorbeugende Medizin ist in einer stürmischen Entwicklung und stellt immer neue Anforderungen an die Ärzteschaft. Die Ausgaben, die sich dadurch ergeben, könnten durch die Verminderung ungezählter Krankheitsfälle und Unfälle hereingebracht werden. Es ist höchste Zeit, entsprechende Mitarbeiter damit zu betrauen, einen Plan für eine vorbeugende Gesundheitspflege in Wien auszuarbeiten, und festzustellen, was dieser Plan kostet und was er wirklich einbringt. Redner beschäftigt sich auch mit dem Gastärzteproblem und verlangt die Anstellung aller in Krankenanstalten der Stadt Wien tätigen Ärzte. Gleichzeitig verlangte er, daß die Gemeinde Wien die Spitalstellen vermehrt und eine grundsätzliche Regelung mit dem Bund anstrebt.

Abschließend spricht GR. Dr. Matejka die Meinung aus, daß in den Gesundheitsverwaltungen ein völlig falsches Prinzip herrsche. Er deutet die Initialen des Amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe V als einen letzten Gruß an die Opfer dieser Gesundheitsverwaltung. L.W. bedeutet "Lebt wohl!" Erst wenn L.W. "Lebt weiter!" heißt, dann ist, so sagte Dr. Matejka, Vizebürgermeister Weinberger wirklich ein Stadtrat für Gesundheit und nicht ein Stadtrat für ein krankes "Gesundheitswesen". Die Wiener Bevölkerung kann das Amt für Gesundheit und das Wohlfahrtsamt (und im Geiste Tandlers ist dies eine Einheit) nur dann wirklich freisprechen von der Schuld der Krankheitsvermehrung, wenn man sich zu dem Plan der Vorbeugung bekenne. GR. Dr. Matejka erklärte, daß seine Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe Gesundheitswesen nicht geben wird.

GR. Dr. Eberle (ÖVP) nimmt zu den Zeitungsmeldungen Stellung, daß in Österreich jährlich 5000 Kinder sterben müssen. Hierbei erwecke man den Eindruck, als ob das auf eine Vernachlässigung von Pflichten zurückzuführen sei. Bei diesen Kindern, die da sterben, handelt es sich meist um jene vielen Frühgeburten, die von den durch den Krieg geschwächten Müttern nicht lebensfähig in die Welt gesetzt werden konnten. Die zuständigen Behörden, die Ärzte und die Krankenschwestern haben jedenfalls ihre Pflicht voll und ganz erfüllt.

Es sei auch eine Tatsache, daß kaum in einem anderen Land soviel Impfungen durchgeführt werden wie in Österreich. Durch die große Zahl von Impfungen wurden in den letzten Jahren bedeutende Erfolge erzielt. Leider gibt es noch viele Eltern, die ihre Kinder nicht impfen lassen, obwohl gerade in dieser Hinsicht eine weitgehende Aufklärungstätigkeit vollbracht wird. Auch auf diesem Gebiet haben die Ärzte und Schwestern einen großen Anteil an den erreichten Erfolgen, und es gebührt ihnen der Dank hierfür. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Redner bringt hierauf vom ärztlichen Standpunkt eine Reihe von Wünschen vor. Vor allem sei zu bemängeln, daß bei den Krankenanstalten Fenster und Türen oft nicht schließen. Die Einleitung von Kalt- und Warmwasser in den Krankenanstalten sei keineswegs mehr als ein Luxus anzusehen. Es wäre dafür zu sorgen, daß höchstens 5 bis 6 Patienten in einem Krankenzimmer untergebracht werden. Vor allem im Rudolf-Spital sollten die Riesensäle in kleinere Einheiten aufgelöst werden. Am wichtigsten wäre in diesem Spital die Einrichtung einer Zentralheizung. Die Abteilungen wären dort übersichtlicher zu gestalten; auch fehlen Schwesternwohnungen dort fast zur Gänze. Der Redner setzt sich für den Ausbau des Krankenhauses in Floridsdorf ein. Auch die übrigen Krankenhäuser sollen moderner und wohnlicher gestaltet werden. Die Ärzte beklagen sich darüber, daß gerade bei den ärztlichen Instrumenten und Behelfen gespart wird.

In nächster Zeit wird auch die Frage an die Gemeinde herangetragen werden, für das orthopädische Spital, das notdürftig und unzweckmäßig in der Hofburg untergebracht ist, eine Bleibe zu schaffen.

Leider bestehe beim Bund keine Sehnsucht, das Allgemeine Krankenhaus zu übernehmen. Wenn er schon nicht gewillt ist, für die Kosten dieses Spitals aufzukommen, dann müsse er wenigstens einen Beitrag zur Erhaltung leisten, weil sich sonst die Gemeinde auf den Standpunkt stellen könnte, daß sie keine Patienten aus den Bundesländern mehr aufnimmt.

Die Kinderübernahmestellen, dieses herrliche Werk Prof. Tandlers, deren Aufgabe die Betreuung elternloser und betreuungsbedürftiger Kinder sein sollte, werden ihrem ursprünglichen Zweck immer mehr entfremdet. Der zuständige Stadtrat möge dafür sorgen, daß diese Anstalten ihrer Bestimmung erhalten bleiben, nicht aber beispielsweise als Lagerhäuser verwendet werden.

Bei der Besetzung von Leiterposten in den Krankenanstalten sollen sich die zuständigen Stellen in Zukunft nur von sachlichen und weniger von politischen Eingebungen leiten lassen. Vor allem müßte eine Möglichkeit geschaffen werden, wirkliche Versager auf kurzem Wege abzubufen.

Es sei bedauerlich, daß Wien noch immer über keine Rheumaabteilung verfügt, obwohl ihre Wiedereröffnung von der Bevölkerung schon lange gewünscht wird.

Hinsichtlich der Führung der Krankenanstalten bringt der Redner eine Reihe von Klagen der Patienten dem Stadtrat zur Kenntnis. Vor allem sollen die Direktoren, die Verwalter, die Schwestern und das Personal darauf dringen, daß innerhalb der Krankenanstalten tatsächlich Ruhe herrscht. Insbesondere in schweren Krankheitsfällen und nach Operationen soll das Wecken auf einen späteren Zeitpunkt verlegt werden. Auch die Frage der Verpflegung der Patienten ist noch immer nicht zur vollen Zufriedenheit gelöst.

Es gehe nicht an, daß in chirurgischen Abteilungen unsachgemäß Mandeloperationen durchgeführt werden oder Gynäkologie betrieben wird. Es sei ferner ein Unfug, zu Kindern Erwachsene aufzunehmen. Es sollen klare Richtlinien herausgegeben werden, was für Patienten in den einzelnen Abteilungen aufgenommen werden.

Bezüglich der Ausbildung von Schwestern wollen es viele Kreise nicht wahrhaben, daß man die Schwestern entsprechend ihrer Ausbildung verwenden soll, nicht aber heute bei Säuglingen, morgen bei Erwachsenen und übermorgen bei Geisteskranken.

Die Primärärzte sollen wirklich ihrer Leistung entsprechend eingestuft werden, weil sie heute oft so überlastet sind, daß sie so gut wie keine Privatpraxis unterhalten können.

Wir müssen alles tun, betont der Redner, um den jungen Ärzten sofort nach ihrer Promotion die Möglichkeit zu schaffen, eine entsprechende Ausbildung zu erhalten. Die Stipendien sollen wenigstens für die Dauer eines Jahres ausgeworfen werden, damit der betreffende Arzt sich dieses Geld richtig einteilen kann.

Es ist eine Tatsache, daß Ärzte **nur in den Wiener Kranken-** anstalten eine wirklich gute Ausbildung erhalten können. Bei der Anstellung von Ärzten müssen wir endlich mit dem herrschenden "Kantönlicheist" aufhören. Es muß auch der Wiener Arzt in den Bundesländern eine Existenzmöglichkeit bekommen, und ebenso müssen auch Ärzte aus den Bundesländern in Wien angestellt werden. (Zustimmung bei der ÖVP.) Der Redner unterbreitet einen Antrag, den Ärzten möglichst rasch nach der Promotion Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten.

Wenn wir alle Ärzte richtig einsetzen würden, gäbe es in Österreich gar nicht zu viel Ärzte. Hier soll der Sozialmedizin und der vorbeugenden Medizin ein Wort geredet werden. Der Redner richtet einen Appell an die Bevölkerung: Modernisieren wir uns! Beugen wir besser vor! Dann brauchen wir keine Heilung durch den Arzt! Auch in den Betrieben sollen im verstärkten Maße Ärzte eingesetzt werden, die dafür sorgen, daß hygienischer und gesünder gearbeitet werden kann.

Wenn der Babyschutz so verstanden wird, daß auch das ungeborene Kind im Mutterschoß geschützt werden soll, dann dürfen wir ihn hundertprozentig unterstützen, aber im Jahre 1941 konnten in Österreich schätzungsweise 100.000 Kinder nicht geboren werden. Hier muß in unserem Volk ein großer Wandel geschaffen werden, wenn wir nicht als "Raum ohne Volk" an die Wand gedrängt werden wollen. Im Zusammenhang damit ist in erster Linie auch an die Errichtung einer Familienausgleichskasse zu denken.

Unser Volk vergreist immer mehr. Wir brauchen daher Altersabteilungen in den Spitälern.

Redner regt die Errichtung einer eigenen Abteilung für Alterskrankheiten im Lainzer Spital an, in die alte kranke Leute, die sonst in keiner Krankenanstalt Aufnahme finden, aufgenommen werden sollen, ferner eine zentrale Diabetikerfürsorge und eine Ausdehnung der Krebsfürsorge auf alle Bezirke Wiens.

Zu dem Gastärzteproblem stellt er den Antrag, die Gastärzte-sperre in den Wiener Krankenanstalten mit 1. Jänner 1952 wieder aufzuheben, um den frisch promovierten Ärzten die Möglichkeit einer Ausbildung zu geben. Die zur Ausbildung zugelassenen Ärzte sollten zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie, solange sie keine systemisierten Stellen erreicht haben, nur in Ausbildung stehen und keinerlei Recht auf Bezahlung geltend machen können. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR. Franziska Krämer (SPÖ) betont, durch diese Verwaltungsgruppe ziehe sich durchwegs die Sorge um die Krankenanstalten. Sie bedauert, daß die Verhandlungen mit dem Bund über die Tragung des Abganges bei den Krankenanstalten nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben. Unter allen Umständen müsse darauf gesehen werden, daß die medizinischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten in ein für den Patienten und die Allgemeinheit günstiges Verhältnis gebracht werden. Die Verpflegung in den Spitälern hat sich verbessert, es gibt aber heute noch einzelne, die diesbezüglich noch nicht ganz auf der Höhe sind. Rednerin verweist auf die Verpflegungs- und Unterbringungsschwierigkeiten in einzelnen Krankenanstalten. Sie spricht unter dem Beifall des Gemeinderates sowohl den weltlichen als auch den geistlichen Schwestern den herzlichsten Dank für ihre aufopfernde Tätigkeit aus. Daran knüpft sie die Bitte, daß die Patienten von den geistlichen Schwestern nicht immer wieder zu religiösen Übungen aufgefordert werden mögen.

Während in den Krankenanstalten der Bettenmangel im allgemeinen behoben ist, ist er in den Altersheimen, insbesondere in Lainz, noch sehr groß. Dort ist der Pavillon I mit einer Bettenzahl von fast 800 noch immer von den Engländern besetzt, die nur 25 Betten belegen, so daß praktisch 775 Betten leerstehen. Das Altersheim in Groß-Enzersdorf dient noch immer zur Gänze Zwecken der russischen Besatzungsmacht. Die Gemeinderätin richtet an die Besatzungsmächte den Appell: Gebt unsere Altersheime frei! (Lebhafter Beifall.)

Mit Genugtuung könne festgestellt werden, daß zur Eindämmung der Tuberkulose auch die seinerzeit so viel geschmähten Gemeindewohnungen beigetragen haben, die unter der Devise: Licht, Luft und Sonne! gebaut wurden. Die Gesundung dieser Stadt wird noch weitere Fortschritte machen, weil wir noch tausende von solchen schönen Wohnungen dazubauen wollen! (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Zu der Kritik des GR.Dr.Matejka an der hohen Säuglingssterblichkeit verweist Rednerin darauf, daß in Wien die Säuglingssterblichkeit im Juli dieses Jahres 57, im August 58 und im September 45 von Tausend betragen hat. "Rude Pravo" berichtete am 13. Dezember, daß in der Tschechoslowakei die Säuglingssterblichkeit 77 von Tausend beträgt.

Vizebürgermeister Weinberger habe in seinem Referat wohl Versprechungen bezüglich des Ausbaues der Krebsuntersuchungsstellen gemacht, doch sei im Budget dafür nichts vorgesehen. Sie wolle dies ausdrücklich feststellen, damit in der Bevölkerung nicht der Eindruck entstehe, daß die Gemeinde Wien etwas verspreche und dann nicht halte.

Wir müssen alles dazu beitragen, um dieser Stadt den Ruf zu erhalten, den sie in der ganzen Welt genießt, den Ruf der großen medizinischen Wissenschaft und der sozialen Fürsorge! (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Vizebürgermeister Weinberger antwortet in seinem Schlußwort auf die von den einzelnen Debatterednern vorgebrachten Wünsche und Anregungen. Der Beitrag des Bundes zur Deckung der Verpflegskosten sei eine leidige Angelegenheit, die durch die **gemeinsamen** Bemühungen aller zu einem für die Stadt Wien erträglichen Ergebnis geführt werden müsse. Er selbst habe bei allen diesbezüglichen Verhandlungen den Standpunkt der Stadt Wien ganz energisch vertreten und werde dies auch in Zukunft tun.

In seinen weiteren Ausführungen beantwortet der Referent die Anregungen von GR.Dr.Matejka und widerlegt die Anwürfe des Debattenredners. Zu der Frage "zu viel oder zu wenig Ärzte" stellt Vizebürgermeister Weinberger fest, daß hier die Wahrheit in der Mitte liege. In Wien hat man genug Ärzte, aber in den

Bundesländern sind es zu wenig. In Wien ist es manchmal so, daß Patienten von fünf, sechs, sieben und sogar acht Ärzten untersucht werden. Auch hier muß es eine Grenze geben. Maßgebende Ärzte haben selbst erklärt, daß in den Anstalten der Stadt Wien dort und da zuviel Ärzte sind. Aber es ist richtig, betonte der Referent, daß es in den Bundesländern zu wenig Ärzte, vor allem zu wenig Kinderärzte gibt.

Zu dem Plan einer vorbeugenden Gesundheitspflege könne er nur in aller Bescheidenheit sagen, daß ein Teil bereits verwirklicht wurde, wie er schon in seinem Referat eingangs ausführte. Man werde jedoch weiter versuchen, diese Vorvororge auszugestalten. Zu Dr. Matejkas Wunsch, das "Lebe wohl" in ein "Lebe weiter" zu verwandeln, könne er nur sagen, er wünsche auch ihm, daß er weiter lebe!

Eingehend beschäftigte sich Vizebürgermeister Weinberger in seinem Schlußwort mit dem Zentralkinderheim. Er stellt fest, daß alle Maßnahmen getroffen wurden, die die Kommission verlangt hat und führt diese einzeln an. Zu dem Todesfall des Kindes am 1. November 1951 führt der Referent aus, daß dieser überaus bedauerlich sei. Es wurde sofort die polizeiliche Meldung erstattet, die Schwestern wurden bereits einvernommen und die Meldung an den Staatsanwalt weitergeleitet. Man muß nun abwarten, was bei dieser Angelegenheit herauskommt, ob eine Schuld vorhanden ist oder nicht. Wo Menschen leben, sagte Vizebürgermeister Weinberger abschließend, wird immer einmal eine Schuld vorkommen. Aber von den tausenden guten, immer gerade die schlechten Fälle herauszustellen, ist absolut undemokratisch. Der Referent zitiert in diesem Zusammenhang die gehässige Berichterstattung der "Volksstimme". Es sei beschmend, wenn man aus solchen traurigen Fällen Kapital für eine Partei schlagen will. (Rufe aus den Reihen der ÖVP: Sehr richtig!)

Für die sachlichen Ausführungen und die Anerkennung seines Referates sagte Vizebürgermeister Weinberger dem Debattenredner der ÖVP herzlichen Dank. Dr. Eberle habe auch einige Beschwerden vorgebracht. Er werde sie besonders ernst nehmen und prüfen lassen und dafür sorgen, daß Mißstände abgestellt, beziehungsweise die vorgebrachten Wünsche erfüllt werden.

Besonders werde er den Wunsch nach einem weiteren Ausbau des Floridsdorfer Krankenhauses unterstützen. Er werde auch seine Bemerkungen bezüglich der Ruhe innerhalb der Krankenanstalten aufgreifen und zum Gegenstand einer genauen Überprüfung machen. Es wird vielleicht doch möglich sein, besonders die Unruhe am frühen Morgen zu vermeiden.

Zum Schluß bespricht der Referent noch die Ausführungen der GR. Franziska Krämer, die gleichfalls ihrer Sorge um die Krankenanstalten Ausdruck verliehen hat. Es freue ihn besonders, daß die Rednerin den Schwestern Dank und Anerkennung aussprach. Sie verdienen wirklich den Dank des Wiener Gemeinderates.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Weinberger, er freue sich, daß die große Mehrheit des Hauses die Leistungen der Gesundheitsverwaltung anerkennt. Man habe sich bemüht das übernommene Erbe anständig weiterzutragen und zu vermehren. Wenn alle zusammenarbeiten, wird es gelingen, daß in Wien möglichst gesunde Menschen in einer möglichst gesunden Stadt wohnen und leben können. (Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe Gesundheitswesen ohne die Stimmen des Linksblocks angenommen. Die Anträge von GR. Wicha werden abgelehnt, die beiden Anträge Dr. Matejka der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen, ebenso ein Antrag von GR. Dr. Eberle.

Unterbrechung der Budgetdebatte. Fortsetzung auf Seite 2382.

Entfallende Sprechstunden
=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Am Donnerstag, den 20. und 27. Dezember, entfallen beim Amtsführenden Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten, Dr. Robetschek, die Sprechstunden.

Am äußersten Rande der Stadt ...

=====

Fischamend hat einen neuen Kindergarten

19. Dezember (Rath.Korr.) Heute nachmittag wurde in Fischamend durch Bürgermeister Jonas in Anwesenheit von Vizebürgermeister Honay und Stadtrat Dr. Robetschek ein neuer städtischer Kindergarten eröffnet. Nationalrat Horn begrüßte in seiner Eigenschaft als Bezirksvorsteher des 23. Bezirkes weiters eine große Zahl von Ehrengästen, unter ihnen Vertreter des Jugendamtes, der Stadtbaudirektion und Mandatäre der benachbarten Randgemeinden. Nationalrat Horn erklärte, daß mit der Errichtung dieses Bauwerkes der breiten Öffentlichkeit abermals deutlich vor Augen geführt wurde, daß die Randgebiete von der Stadt Wien nicht stiefmütterlich behandelt werden. "Man hört aus gewissen Kreisen", sagte der Redner, "daß in Wien eine Krankheit, die "Eröffneritis" ausgebrochen sei. Dazu können wir nur sagen, daß wir froh wären, wenn diese Krankheit bei uns epidemisch auftreten würde!" Nationalrat Horn versicherte unter lautem Beifall der Versammelten den Vertretern der Stadtverwaltung, daß die Bautätigkeit der Gemeinde Wien auch am äußersten Rande der Stadt geschätzt und gewürdigt wird.

Vizebürgermeister Honay bezeichnete den neuen Kindergarten, für den die Stadt Wien 360.000 Schilling aufgewendet hat, als das Juwel von Fischamend. Der Kindergarten hat zwei Gruppen für 70 Kinder und ist modernst ausgestattet. Alle Grundsätze und Erfahrungen der Pädagogik wurden angewendet. Vizebürgermeister Honay brachte weiters in Erinnerung, daß im Rahmen des Wiederaufbaues der Kindergärten allein in den Randgebieten, so in Atzgersdorf, Inzersdorf und Rodaun drei moderne Kindergärten für 300 Kinder mit einem Aufwand von 2,9 Millionen Schilling von der Gemeinde Wien errichtet wurden. Gegenwärtig werden in den 25 städtischen Kindergärten und Horten der Randgemeinden tausend Kinder betreut. Es handelt sich ausnahmslos um Gebiete, die erst seit 1938 zu Wien gehören. Die Stadt Wien tut das möglichste, sagte Vizebürgermeister Honay, um auch in den Randgemeinden Bedingungen für die Erziehung eines tüchtigen republikanischen Volkes zu schaffen.

Bürgermeister Jonas, der sich noch als Amtsführender Stadtrat für Bauangelegenheiten für den Wiederaufbau des fast vollkommen durch Bomben zerstörten Objektes in Fischamend eingesetzt hat, gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß es gelungen ist, den neuen Kindergarten noch schöner als zuvor aufzubauen. An diesem Bauwerk, das man als ein schönes Weihnachtsgeschenk bezeichnen kann, fanden Monate hindurch örtliche Firmen und Handwerker Geschäftigung. Bürgermeister Jonas erklärte, daß die Kinder nicht nur die größte Freude ihrer Eltern sondern auch der Gemeinde Wien sind. Er dankte allen, die an diesem Bauwerk gearbeitet haben.

Ortsvorsteher Ruckteschel brachte dann den Dank der gesamten Bevölkerung von Fischamend mit den Worten zum Ausdruck: "Die Eröffnung dieses Kindergartens bedeutet für mich den schönsten Tag, den ich je in meiner Gemeinde erlebt habe!"

Vizebürgermeister Honay begab sich von Fischamend in die Schwechater Tagesheimstätte für alte Leute, wo er einer Weihnachtsfeier beiwohnte.

Die Großmarkthalle zu den Feiertagen

=====

19. Dezember (Rath.Korr.) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:

Im Hinblick auf die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft erfolgte Aufhebung der fleischlosen Tage und der Beschränkung der Schweinefleisch- und Kalbfleischabgabe in der Zeit vom 21. Dezember bis 1. Jänner wurden in der Großmarkthalle im 3. Bezirk folgende Verkaufszeiten festgesetzt:

Sonntag, den 23.12. (Goldener Sonntag)

kein Großmarkt.

Detailmarkthalle für Fleischwaren 7 - 12 Uhr,

Detailmarkthalle für Viktualien 7 - 12 Uhr,

Montag, den 24. 12. (Weihnachtsabend)

Großmarkt 7.30 - 14 Uhr,

Detailmarkthalle für Fleischwaren 7 - 16 Uhr,

Detailmarkthalle für Viktualien 7 - 16 Uhr,

Montag, den 31.12. (Silvester)

Großmarkt 7.30 - 14 Uhr,

Detailmarkthalle für Fleischwaren 7 - 16 Uhr,

Detailmarkthalle für Viktualien 7 - 16 Uhr.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Das Bauwesen der Gemeinde Wien

Der Gemeinderat ging hierauf in die Beratung der Geschäftsgruppe Bauwesen ein.

Stadtrat Thaller (SPÖ) weist darauf hin, daß seine Geschäftsgruppe der Erreger der Bazillen oder der Viren sei, die die sogenannte "Eröffneritis" erzeugen, die nach den Meldungen einer bestimmten Presse unsere Stadt ergriffen hat. Wie jede Antipropaganda wirke aber auch der neue Antipropagandaschlag von der "Eröffneritis" schließlich doch propagandistisch und wirke vor allem auf seine Erfinder zurück. Schon einmal habe ein solcher Antipropagandaschlag, nämlich das böse Wort von der "Fürsorgeinflation", ebenfalls von einer Partei dieses Hauses erfunden, das Gegenteil dessen erzeugt, was beabsichtigt war, und hat schließlich für seine Urheber die schlimmsten Folgen gehabt. Diese "Eröffneritis" wird - betont der Stadtrat - eine Dauerkrankheit werden. Sie wird solange währen, als wir imstande sind, immer neue, sichtbare, nicht wegzuleugnende Tatsachen zu setzen. (Beifall bei der SPÖ.) Und über diese Tatsachen wolle er nun nüchtern und sachlich berichten.

Im ordentlichen Budget sind für diese Geschäftsgruppe 757,5 Millionen und im außerordentlichen Budget mehr als 21 Millionen, insgesamt also 778,8 Millionen oder 23 Prozent der Gesamtausgaben des Voranschlages vorgesehen. Im Vorjahr waren 633,3 Millionen präliminiert.

Der gesamte Bauaufwand - einschließlich der Aufwendungen der anderen Abteilungen für diesen Zweck - betrug in diesem Jahr 718,8 Millionen oder 34 Prozent des Budgetvolumens, im kommenden Jahr wird er fast 824 Millionen oder 30,1 Prozent des Gesamtbudgets betragen.

Über die großen Arbeiten des neuen Flächenwidmungsplanes und der neuen Stadtplanung wird in Kürze dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit ein abschließender Bericht vorgelegt werden.

Von der Architekturabteilung werden die Bauten der Gemeinde begutachtet und selbst zahlreiche Pläne für gemeindeeigene Bauführungen entworfen, daneben werden aber auch zahlreiche Zivilarchitekten und Zivilingenieure für die vielen Planungen der Gemeinde Wien herangezogen, was sich für diese Berufsgruppen wirtschaftlich besonders gut auswirkt.

Außerordentlich groß seien in diesem Jahre die Leistungen der Abteilung für Baustoffbeschaffung gewesen, die 1.2 Millionen Tonnen Baustoffe beschaffte, also 120.000 Waggons à 10 Tonnen.

Hievon entfallen auf Zement 95.000 Tonnen, Kalk 12.000 Tonnen, Gips 5.500 Tonnen, Betonstahl 6.500 Tonnen, Rohre aller Art 4.500 Tonnen, Pflasterungsmateriale 14.500 Tonnen, Bausand 430.000 Kubikmeter, Straßenschotter 100.000 Kubikmeter, Bruchsteine 25.000 Kubikmeter, Mauerziegel 55 Millionen Stück, Dachziegel 3.5 Millionen Stück, Fenster und Türen etwas 20.000 Stück und Bauglas 85.000 Quadratmeter. Die Kosten aller dieser von der Abteilung beschafften Materialien machten rund 180 Millionen Schilling aus.

Im abgelaufenen Jahr gab es im allgemeinen keine besonderen Beschaffungsschwierigkeiten, nur Betonstahl und Steinzeugrohre sind weiterhin Mangelware. Besonders bei Baustahl, Pflasterungsmaterial, Schnittholz und allen sanitären Einrichtungsgegenständen ist noch immer eine Vorratswirtschaft notwendig.

Die Abteilung für Nutzbauten vollzog den Ausbau eines Trainingsaales im Stadion, baute im Stadionbad Zuschauertribünen und nahm dort auch eine Reihe von Einbauten vor. Ferner wurde eine Reihe von Kindergärten fertiggestellt, eine große Zahl von Schulen wurde fertiggestellt oder in Angriff genommen, in St. Marx wurden umfangreiche Arbeiten vorgenommen, 6 Bedürfnisanstalten wurden errichtet, beziehungsweise deren Bau begonnen, in der Wein- und Obstbauschule Gumpoldskirchen wurde der Wirtschaftshof ausgebaut.

Im kommenden Jahr ist die Errichtung einer 16klassigen Hauptschule in Wiener Feld und einer 15klassigen Volksschule in Schwechat in Aussicht genommen. Auch in St. Marx sollen die Wiederaufbauarbeiten fortgeführt werden.

Eine der wichtigsten Abteilungen dieses Ressorts sei die für Wohnhausbauten. 1951 wurden für Neubauten 17,6 Prozent des gesamten Budgets verwendet, 1952 werden es 15,6 Prozent sein. Von den Aufwendungen der Geschäftsgruppe selbst entfallen im kommenden Jahr 54,5 Prozent, also mehr als die Hälfte, für Wohnungsneubauten, gegenüber 52,2 Prozent im Jahre 1951. Im kommenden Jahr sollen mit einem Aufwand von 425 Millionen Schilling 5.000 Normalwohnungen und 1.000 Wohnungen im Schnellbauprogramm errichtet werden. 253,6 Millionen sind für die Fertigstellung bereits begonnener Bauvorhaben bestimmt. 148 Millionen sind für das Neubauprogramm des kommenden Jahres vorgesehen, weitere 24 Millionen dienen für Mansardeneinbauten und diverse Fertigstellungen.

Das Wohnbauprogramm umfaßt 1952 52 Baustellen mit 5.225 Normalwohnungen und drei Baustellen mit 1.674 Kleinwohnungen.

Hievon sind für die einzelnen Bezirke vorgesehen:

Wohnbauprogramm 1952

2.	Bezirk	95	Wohnungen
3.	"	213	"
4.	"	123	"
5.	"	480	"
6.	"	93	"
7.	"	86	"
9.	"	137	"
10.	"	348	"
11.	"	293	"
12.	"	372	"
13.	"	240	"
14.	"	413	"
15.	"	264	"
16.	"	303	"
17.	"	476	"
18.	"	154	"
19.	"	394	"
20.	"	342	"
21.	"	268	"
22.	"	42	"
25.	"	89	"
52 Baustellen			5.225	Normalwohnungen

Im 8. Bezirk fehlen entsprechende Bauplätze, die Bauvorhaben für die Bezirke 23, 24 und 26 stehen noch nicht fest. Bei zwei Bauvorhaben im Rahmen des Schnellbauprogrammes sind zusammen 54 Wohnungen für alte Leute vorgesehen.

Von den für 1951 vorgesehenen Neubauten konnten zwei wegen Schwierigkeiten bei der Grundfreimachung noch nicht begonnen werden. Die zur Verfügung gestellten Gelder wurden für die Inangriffnahme anderer Bauvorhaben verwendet.

Die Wohnungsfläche bei den neugebauten Wohnungen beträgt im Durchschnitt 48 Quadratmeter. Einzelräume werden rund 28 Quadratmeter, die größte Wohnungstypen mit 2 Zimmern, 2 Kammern und Küche 67 Quadratmeter umfassen.

Bei der Ausgestaltung der Waschküchen wurden neue Wege beschritten und in größerem Ausmaß Waschmaschinen angeschafft, um die Hausfrauen zu entlasten. (Beifall bei den Sozialisten.) Ein Prozent der Bausumme wird für die künstlerische Ausschmückung der Bauten verwendet. (Erneuter Beifall bei den Sozialisten.)

Zu Beginn dieses Jahres waren aus dem Bauprogramm 1950 noch 6212 Wohnungen in Arbeit, neu begonnen in diesem Jahre wurden 5624 Wohnungen. Insgesamt waren 1951 also 11.836 Wohnungen im Bau.

Tatsächlich übergeben wurden bis zum 15. Dezember dieses Jahres 3.668 Wohnungen, im Rahmen des Kleinwohnungsprogramms 1131, zusammen 7037 Wohnungen. Zwischen 15. und 31. Dezember dieses Jahres werden noch weitere 287 Wohnungen dem Wohnungsamt schlüsselfertig übergeben werden. Das Versprechen, im Jahre 1951 4000 normale und 1000 Kleinwohnungen zu bauen, wurde tatsächlich eingehalten, da in diesem Jahre 5086 Wohnungen übergeben wurden. (Beifall bei den Sozialisten.) Trotz gewisser Verzögerungen, insbesondere durch den Streik der Gipser und Fassader, ist es im Einvernehmen mit der Gewerkschaft gelungen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch im Winter weiter gearbeitet werden kann.

Stadtrat Thaller stellt entgegen anderslautenden Veröffentlichungen ausdrücklich fest, daß niemand für die Bauten der Gemeinde Wien irgendwelche Beiträge leistet, alle Mittel stammen ausschließlich von den Steuerträgern der Stadt Wien.

Die Abteilung Bauförderung wird im kommenden Jahr 15 Millionen Schilling für Ersatzausführungen und Sofortmaßnahmen aufwenden. In diesem Jahr wurden 526 Ersatzausführungen und 229 Sofortmaßnahmen, zusammen also 775 Notstandsmaßnahmen vorgenommen. Dadurch konnten 4764 Wohnungen gesichert und davon 95 wieder benutzbar gemacht werden. Im kommenden Jahr werde auch der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds seinen Verpflichtungen auf diesem Gebiete nachkommen müssen. Die Kosten dieser Maßnahmen betragen je Wohnung

nicht ganz 6000 S. Leider steigt die Zahl dieser Notstandsfälle, weil der Zahn der Zeit an den Bombenruinen nagt. Im Rahmen der Schuttaktion wurden von der Gemeinde als Ersatzvornahme an 208 Baustellen rund 144.000 Kubikmeter Schutt abgeführt. Die Hauseigentümer selbst haben über baubehördlichen Auftrag an 124 Baustellen rund 82.000 Kubikmeter Schutt entfernt. Diese Aktion wird im verstärkten Maße durchgeführt werden, vor allem im Hinblick auf ein Ersuchen des Polizeipräsidenten an den Bürgermeister, der darauf hinwies, daß das Leben von Polizeibeamten oft dadurch gefährdet wird, weil sie auf der Suche nach den Schlupfwinkeln dunkler Elemente in diesen Trümmerhaufen herumkriechen müssen.

Beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wurden bisher 4498 Ansuchen in der Höhe von insgesamt 1.7 Milliarden Schilling von privaten Hauseigentümern in Wien eingereicht und 538 Ansuchen mit 174 Millionen Schilling für städtischen Bauten. Insgesamt wurden aus Wien also 5036 Ansuchen mit einer Gesamtsumme von 1.9 Milliarden Schilling eingereicht. Davon wurden bis 31. Dezember 1950 1785 Ansuchen von Privaten in der Höhe von insgesamt 564.9 Millionen bewilligt und 463 Ansuchen der Gemeinde mit 130.2 Millionen, zusammen 2248 Ansuchen in der Höhe von 695.2 Millionen Schilling.

Bis 30. November dieses Jahres wurden 52 Ansuchen der Gemeinde mit 36 Millionen Schilling noch nicht genehmigt. Weitere Ansuchen an die Fondsverwaltung sind in Ausarbeitung.

Mit Hilfe von Fondsmitteln wurden bis Ende 1950 537 Bauten von Privaten fertiggestellt, bis Ende November dieses Jahres weitere 331 Bauten. Städtische Bauten konnten bis Ende 1950 294 fertiggestellt werden, bis 30.11.1951 weitere 43 Bauten.

Von der Gebäudeerhaltung werden im kommenden Jahr für die Erhaltung baulicher Anlagen 5.5 Millionen und für bauliche Herstellungen 4.7 Millionen aufgewendet werden. Weitere 3.8 Millionen sollen der Fortsetzung des Wiederaufbaues von 5 Amtshäusern und für andere Arbeiten an Amtshäusern dienen.

Von der Wohnhäusererhaltung wurden 1951 183 Mansardenwohnungen eingebaut, im kommenden Jahr sollen 600 weitere Mansardenwohnungen geschaffen ^{und} es soll die Wiederinstandsetzung der Wohnhäuser im verstärkten Ausmaß fortgesetzt werden.

Für den Straßenbau sind im ordentlichen Budget des Jahres 1952 56 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon werden einige große Umbauten an Großverkehrsstraßen vorgenommen werden, so in der Heiligenstädter Straße von der Grinzinger Straße bis zum Nußdorfer Platz, auf dem Gaudenzdorfer Gürtel von der Flurschutzstraße bis zur Eichenstraße, in der Tannbrückgasse von der Ratschkygasse bis zur Koppreitergasse und auf dem Opernring von der Babenbergerstraße bis zur Operngasse. Ein Betrag von 17 Millionen wird für Straßenneu- und -umbauten bei städtischen Wohnhäusern und Siedlungen verwendet werden.

Im Jahre 1951 hat die mit dem Straßenbau befaßte Magistratsabteilung 90 Bombentrichter definitiv behoben. Damit sind nunmehr 3.754 von den insgesamt 4.653 Bombentrichtern beseitigt. Straßen wurden in einem Ausmaß von 1,5 Millionen Quadratmeter (was 181 Kilometer Straßen entspricht) instandgesetzt, beziehungsweise um- und neugebaut; an Gehsteigen 224.200 Quadratmeter (= 89 Kilometer Gehwege) instandgesetzt. 254.800 Quadratmeter Straßen wurden geölt. Der Materialaufwand machte 26.000 Waggonladungen aus. An Großbauten wurden durchgeführt die Arbeiten auf dem Burgring, in der Mariahilfer Straße, auf dem Aspernplatz, auf dem Lerchenfelder- und Hernalser Gürtel und in einem Teil der Museumstraße.

Das ordentliche Budget sieht für Brücken und Wasserbau fast 40 Millionen Schilling vor, was gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung um 60 Prozent bedeutet. Davon werden im Jahre 1952 10 Millionen für Anlagenerhaltung und 26 Millionen für Brücken und Wasserbauten ausgegeben werden. Unter anderem wird weitergebaut werden an der Liesingregulierung und am Schwechat-Wildbachdamm, ferner wird ein Eimerketten-Schwimmbagger um 2,5 Millionen beschafft und die Bauarbeiten in der Hafenanlage Freudenu begonnen werden. Im außerordentlichen Budget sind für diese Abteilung wie im Vorjahr 14 Millionen Schilling vorgesehen.

Im Jahre 1951 wurde die Aspernbrücke fertiggestellt. Vor Weihnachten wird die Straßenunterfahrung auf dem Matzleinsdorfer Platz dem Verkehr übergeben werden. Es wurde die Kielmannseggbrücke in Hadersdorf-Weidlingau und die Auhofbrücke, weiter der Nordwestbahnsteg neu gebaut und der Umbau der Stadt-bahnstation Westbahnhof durchgeführt. Nahezu fertiggestellt wurden die Baulose Rannersdorf, Inzersdorf und Liesing der

Liesingregulierung und das Los Rodaun der Hochwasserschadenbehebung an der Liesing.

Insgesamt wurden von dieser Abteilung im Brückenbau 115 große und 113 kleine Bauvorhaben fertiggestellt; 5 Bauvorhaben sind noch im Bau. Im Schutzwasserbau sind 125 Bauvorhaben fertig, 11 Vorhaben noch in Bau; im Verkehrswasserbau 12 Bauvorhaben fertig, 3 Vorhaben noch in Bau. Von den nach Kriegsende zerstörten 136 Brücken wurden 130 bereits wiederhergestellt. Die Aspernbrücke war die 180. Brücke, die seit Kriegsende von der Gemeinde Wien errichtet wurde.

Für die Kanalisation sind im Jahre 1952 über 36 Millionen Schilling vorgesehen. Darunter sind 7,5 Millionen als 6. Rate für den Alsbachkanal. Größere Kanalbauten sind in Aussicht genommen am linken Liesingbachsammelkanal, am Siebenhirtner Sammler, bei der Wohnhausanlage am Schöpfwerk und in der Beethovengasse in Atzgersdorf.

Im Jahre 1951 wurden unter anderem 13,7 Kilometer Kanäle neu gebaut, 2,75 Kilometer umgebaut und an vier Kilometer größere Instandsetzungen vorgenommen. Die Kläranlage Altmannsdorf - Hetzendorf ist völlig fertiggestellt. Im Kanalbetrieb wurden 6.504 Kubikmeter Schotter und Sand aus dem Kanalnetz ausgehoben, 16.700 Senk- und Sickergruben geräumt, 17.000 Kanalverstopfungen behoben und 500 Kubikmeter Klärschlamm als Dünger aus den Kläranlagen Wiener Neudorf und Eichkogelsiedlung gewonnen.

Für die Wasserwerke sieht das ordentliche Budget fast 83 Millionen Schilling vor. Der Wasserverbrauch in Wien hat im Jahre 1937 93,5 Millionen Kubikmeter, im Jahre 1950 130 Millionen Kubikmeter und im Jahre 1951 127,5 Millionen Kubikmeter betragen. Pro Kopf der Bevölkerung war im Jahre 1950 pro Tag ein Maximalverbrauch von 268 Litern, ein Minimalverbrauch von 159 Litern und ein Durchschnittsverbrauch von 225 Litern festzustellen. Der Chlorverbrauch betrug durchschnittlich 27.700 Kilogramm, die Chlorierung pro Liter nur 0,22 Milligramm pro Liter.

Für die öffentliche Beleuchtung sind 12,5 Millionen im ordentlichen und 3,5 Millionen im außerordentlichen Budget vorgesehen. Die Arbeit dieser Magistratsabteilung war im Jahre 1951 ganz besonders fruchtbar, denn es kann im Jahre 1951 ein Zuwachs von 6.500 Lichtpunkten bei der elektrischen und von 1000 Lichtpunkten bei der Gasbeleuchtung festgestellt werden.

Die Umschaltung auf Drehstrom wurde bei 1.000 Lichtpunkten durchgeführt. Die Bezirke 1, 3 bis 10 und Teile des 14., 15. und 16. Bezirkes sind bereits wieder friedensmäßig beleuchtet. 8 öffentliche Uhren, davon 4 neue, wurden zusätzlich in Betrieb genommen. 21 Uhren sind bis jetzt an das Zentraluhrensystem angeschlossen.

Die Gärten sind im ordentlichen Budget mit fast 29 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung um 60 Prozent, präliminiert. Allerdings entfallen davon allein 20 Millionen auf Personalbezüge. Es sollen die Gürtelanlagen beim Westbahnhof fertiggestellt und folgende Gartenanlagen hergerichtet werden: 19., Kreilplatz; 19., Reservegarten; 21., An der oberen Alten Donau; Mauer, Oetzelt-park. Ferner sollen die Vorarbeiten für die Verlegung des Reservegartens fortgesetzt, Alleepflanzungen größeren Maßes vorgenommen und Schäden behoben werden.

Im Jahre 1951 wurden 869 Anlagen mit rund 10.4 Millionen Quadratmeter Fläche erhalten und 10.700 Alleebäume in rund 904 Kilometer Straßen betreut. In den Gartenanlagen stehen derzeit 9.463 Gartenbänke und 6.200 Leihessel mit insgesamt rund 62.500 Sitzgelegenheiten zur Verfügung. Im heurigen Jahre wurden unter anderem 22 neue Gartenanlagen mit rund 154.000 m² hergestellt und 12 Gartenanlagen mit rund 55.000 m² instandgesetzt.

Für Bäder sind im ordentlichen Budget 27.5 und im außerordentlichen Budget 1.2 Millionen Schilling eingesetzt. An Neubauten ist der Beginn des Baues des Theresienbades geplant, ferner die Erneuerung der Kesselanlagen in den Volksbädern 9. und 18., die Herrichtung von Parkplätzen und sonstige Ergänzungsarbeiten am Gänsehäufel, sowie die Herstellung des Schwimmbeckens in dem Sommerbad Krapfenwaldl. Im außerordentlichen Budget sind Beträge für das Amalienbad und das Kinderfreibad 2., Hyblerpark, vorgesehen.

In Betrieb sind 64 Badeanstalten, davon 24 Warmbäder, 5 Warm- und Sommerbäder, 13 Sommerbäder und 22 Kinderfreibäder. Im heurigen Sommer wurden in den Sommerbädern 1,405.000, in den Kinderfreibädern 617.000 Besucher gezählt, was gegenüber 1950 eine Steigerung um rund 10 Prozent bedeutet.

Unser Ziel, die Vollbeschäftigung zu erhalten, erklärt Stadtrat Thaller, ist tatkräftig gefördert worden. Das bezeugen auch die Zahlen über die beschäftigten Arbeitskräfte. Wir hatten im Mai 1951 einen Höchststand von 1535 Baustellen und einen Höchst-

stand an Beschäftigten im Juni auf den Baustellen von 17.807 und in den Werkstätten von 1.630 aufzuweisen. Am 30. November, also eigentlich schon am Beginn der saisonmäßigen Winterarbeitslosigkeit haben wir noch immer 1.469 Baustellen mit 15.456 Beschäftigten und 1.745 Beschäftigte in den Werkstätten. Wir haben vorgesorgt, daß die Arbeitslosigkeit im Winter nicht wächst. Die Vollbeschäftigung soll weitestgehend garantiert werden. Für das Winterhalbjahr 1951/52 hat die Gemeindeverwaltung 210 Millionen Schilling für verschiedene Wohnhausbauten und andere Bauarbeiten bereitgestellt. Darüber hinaus sind 25 Millionen zum Ausbau von 600 Dachbodenwohnungen und 210 Millionen zur Fortsetzung von Bauarbeiten bestimmt. Wir werden, wenn das Budget beschlossen ist, sofort alle Arbeiten, die für das nächste Jahr bestimmt sind, in Angriff nehmen, soweit es die Witterung zuläßt.

Stadtrat Thaller dankt den Mitarbeitern im Bauamt unter Leitung des Baudirektors Dipl. Ing. Gundacker und allen verdienstvollen Abteilungsleitern, vor allem dem Gruppenleiter **Maschinenbau**, Obersenatsrat Dipl. Ing. Barousch sowie dem Abteilungsleiter Hochbau, Senatsrat Dipl. Ing. Schneider, die mit Jahresende aus dem Dienste der Gemeinde Wien ausscheiden. (Lebhafter Beifall.) Die Gruppe Bauangelegenheiten habe durch ihre Tätigkeit sicher nicht nur der Wirtschaft der Stadt Wien neue Impulse gegeben, sondern auch dazu beigetragen, das Stadtbild weiter von den Kriegszerstörungen zu säubern, die Stadt zu verschönern und ein neues Wien zu bauen. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

- . -

Den Bericht über die Debatte über die Geschäftsgruppe Bauangelegenheiten bringt die "Rathaus-Korrespondenz" in der morgigen Vormittagsaussendung.